

## Stadtparlament

---

### Wortprotokoll

25. Sitzung der Legislatur 2023 - 2027

**Dienstag, 24. März 2026, 19:00 Uhr, Seeparksaal**

<b>Vorsitz:</b>	Matthias Schawalder, SVP
<b>Entschuldigt:</b>	Kurt Boos, SVP (anwesend ab 20:12 Uhr) Rudolf Daepf, SVP Samra Ibric, FDP/XMV Fabio Telatin, SP/Grüne Mischa Vonlanthen, Die Mitte/EVP
<b>Anwesend Stadtparlament:</b>	25 26 ab 20:12 Uhr
<b>Anwesend Stadtrat:</b>	René Walther, FDP Daniel Bachofen, SP Dieter Feuerle, Grüne Reto Neuber, Die Mitte Luzi Schmid, Die Mitte
<b>Protokoll:</b>	Flavio Schambron, Parlamentssekretär / Stv. Stadtschreiber

---

### Traktanden

- 25/1. Mitteilungen  
Mitteilungen aus dem Parlamentsbüro  
Mitteilungen der Einbürgerungskommission (EBK)
- 25/2. Wahlen, Ersatzwahl; Mitglied Sozialhilfebehörde, Restlegislatur 2023-2027  
Rücktritt: Chiara Eugster, SP/Grüne
- 25/3. Warum Stadt Arbon, Budget 2026  
Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung
- 25/4. Seeuferrevitalisierung Schwimmbad und Seepark, Kredit in der Höhe von CHF 6'350'000.00 für die Revitalisierung des Uferabschnitts  
Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung
- 25/5. Fragerunde
- 25/6. Informationen aus dem Stadtrat

**Präsident Matthias Schawalder, SVP:** Geschätzte Parlamentarierinnen und Parlamentarier, geschätzte Medienschaffende, liebe Besucherinnen und Besucher, sehr geehrte Damen und Herren, ich darf Sie herzlich zur heutigen Sitzung begrüßen.

Ein erfreulicher Blick nach draussen: Der Frühling kündigt sich an, die Tage werden länger, die Temperaturen steigen. Das hebt nicht nur die Stimmung, sondern gibt uns auch neue Energie für die anstehenden Aufgaben. Ein ebenso erfreulicher Blick gilt der jüngsten Abstimmung zur Sanierung der Altstadt. Die hohe Stimmbeteiligung zeigt deutlich: Unsere Bevölkerung interessiert sich für die Entwicklung unserer Stadt und bringt sich aktiv ein. Dieses Engagement ist alles andere als selbstverständlich und ein starkes Zeichen für eine lebendige Demokratie.

Heute beraten wir über das überarbeitete Budget 2026. Die erste Version wurde vom Volk abgelehnt. Umso mehr liegt es nun an uns als Parlament, eine tragfähige Lösung zu erarbeiten und sicherzustellen, dass sich dies nicht wiederholt. In diesem Sinn wünsche ich uns allen eine effiziente und konstruktive Sitzung. Die Sitzung ist somit eröffnet.

Zu Beginn der Sitzung sind 25 Parlamentsmitglieder anwesend; die Beschlussfähigkeit ist somit gegeben.

Aufgrund der Abwesenheit von Kurt Boos wird Corinne Straub für die heutige Sitzung als Stimmzählerin gewählt.

Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

## 1. Mitteilungen

**Präsident Matthias Schawalder, SVP:** Sie haben für die heutige Sitzung sämtliche Unterlagen fristgerecht erhalten.

Mitteilungen aus dem Parlamentsbüro:

Das Protokoll der 24. Parlamentssitzung dieser Legislatur ist genehmigt und online einsehbar.

Einfache Anfragen:

Die Einfache Anfrage «Totalrevision Personal- und Besoldungsreglement (PBR): Wie hoch sind die Mehrkosten?» von Konrad Brühwiler, SVP, wurde mit dem Versand zur heutigen Sitzung beantwortet. Eine Diskussion findet nicht statt. Die Einfache Anfrage gilt somit als erledigt.

Parlamentarische Vorstösse:

An der heutigen Sitzung ist folgender parlamentarischer Vorstoss eingegangen:

Einfache Anfrage «Schloss Arbon, ein Amtshaus!» von Reto Gmür, BFA. Diese geht an den Stadtrat zur Beantwortung.

Mitteilungen aus der Einbürgerungskommission (EBK):

Gemäss Art. 12 Einbürgerungsreglement besteht für die Einbürgerungskommission Informationspflicht gegenüber dem Stadtparlament über zu behandelnde Gesuche und gefasste Beschlüsse.

**Esther Straub, Die Mitte/EVP, Präsidentin EBK:** Ins Bürgerrecht der Stadt Arbon wurden am 26. Januar 2026 folgende Personen aufgenommen:

- Wachter Ralph, 1974, Deutschland
- Sadiki Adrijana, 1992, Nordmazedonien
- Meissner Simone, 1972, Deutschland

An der letzten EBK-Sitzung vom 5. März wurden folgende Personen ins Bürgerrecht der Stadt Arbon aufgenommen:

- Menges Simon, 1982, Deutschland
- Lee Anna, 2016, Deutschland

- Schulz Adrian, 1980, Deutschland
- Schulz geb. Gajic Radana, 1981, Bosnien und Herzegowina
- Schulz David, 2011, Deutschland
- Schulz Ana, 2014, Deutschland

Im Moment liegen insgesamt 11 Gesuche von 21 Personen vor, die sich im Bewilligungsverfahren befinden. Davon ist ein Gesuch zurückgestellt.

## **2. Wahlen, Ersatzwahl; Mitglied Sozialhilfebehörde, Restlegislatur 2023-2027 Rücktritt: Chiara Eugster, SP/Grüne**

**Präsident Matthias Schwalder, SVP:** Chiara Eugster, SP/Grüne, hat per 28. Februar 2026 ihren Rücktritt aus der Sozialhilfebehörde gegeben. Somit gilt es, ein Ersatzmitglied zu wählen. Gemäss Art. 48 der Gemeindeordnung der Stadt Arbon wählt das Parlament für die laufende Amtsdauer die Sozialhilfebehörde, bestehend aus fünf Mitgliedern, davon zwei Stadtratsmitglieder als Präsidium und Vizepräsidium. Gemäss Art. 57 des Geschäftsreglements für das Arboner Stadtparlament erfolgen Wahlen grundsätzlich geheim. Gemäss Art. 56 entscheidet im ersten Wahlgang das absolute Mehr der gültigen Stimmen. Kommt auf diese Weise keine Wahl zustande, entscheidet im zweiten Wahlgang das relative Mehr. Bei Stimmgleichheit in geheimen Wahlen entscheidet das Los.

Für die Ersatzwahl der Sozialhilfebehörde rückwirkend per 1. März 2026 für die verbleibende Restlegislaturperiode 2023-2027 sind folgende Wahlvorschläge eingegangen: Anja Kläusli, Beat Eugster Moine, Konrad Brühwiler. Sind Wortmeldungen dazu oder werden weitere Wahlvorschläge gemacht?

**Riquet Heller, FDP/XMV:** Ich habe Ihnen eine erfreuliche Mitteilung zu machen. Frau Anja Kläusli, Kandidatin für die Ersatzwahl in die Sozialhilfebehörde, ist die Verlobte meines Sohns Felix. Die beiden wollen diesen Sommer heiraten. Was bedeutet dies für meine Berechtigung, an der Ersatzwahl und an der entsprechenden Diskussion teilzunehmen? Ein bloss zukünftiges Schwiegertochter-Schwiegervater-Verhältnis ist kein Ausstandsgrund. Gemäss § 7 des Verwaltungsrechtspflegegesetzes käme dort nur die Ziff. 4 infrage, und diese lautet: «[...] haben in den Ausstand zu treten, wenn sie ein persönliches Interesse haben oder aus anderen Gründen befangen sind». Aufgrund der Tatsache, dass ich mit einer Wahl von Anja Kläusli keinerlei Vorteile habe, meine ich, dass ich an ihrer Wahl oder Nichtwahl kein persönliches Interesse habe und auch nicht aus anderen Gründen befangen bin. Dies ist auch die einstimmige Meinung meiner Fraktion. Ich werde darum bei dieser Wahl nur dann in den Ausstand treten, wenn jemand von euch einen entsprechenden Antrag stellt und Sie diesen Antrag zu Ihrem Beschluss machen würden.

**Konrad Brühwiler, SVP:** Da ich direkt von dieser Wahl betroffen bin, werde ich selbstverständlich in den Ausstand treten. Ich wollte zuerst die Vorstellung abwarten, aber da dies soeben ein Thema war, werde ich ab sofort im Ausstand sein.

**Jakob Auer, SP/Grüne:** Mit Anja Kläusli unterstützen Sie neben einer 32-jährigen, jungen, dynamischen Frau eine Fachperson, welche in der Sozialhilfebehörde ihren Platz haben muss. Ich spreche da von Erfahrungen, welche sie in ihrem Rucksack hat. Fachliche und personelle Leitung eines Teams von Rechtsvertretungen und Sozialarbeitenden, Zusammenarbeit mit dem SEM, dem schweizerischen Migrationsamt, kantonalen Behörden und Fachstellen schweizweit. Ich spreche von Projektmanagement und Organisationsentwicklung. Juristin Anja spielt in ihrer Freizeit mit viel Elan Badminton. Auch als Köchin zeichnet sie sich in der asiatischen Küche aus, zum Beispiel mit einem Menü Linsen-Dal mit oder ohne Spinat. Ihr besonderes Interesse gilt dem öffentlichen Recht und dem Völkerrecht. Daher sind ihre Lieblingssendungen am Fernsehen, wenn es die Zeit zulässt, zur gemütlichen Stunde verschiedene Dokumentarfilme. Gewissenhafte und strukturierte Arbeitsweise, ein innovatives und ein vernetztes Denken kombiniert sie, das zeichnet Anja aus. Sie gilt als kommunikative, verhandlungssichere und entscheidungsfreudige Person, welche ihre Freizeit gern in ihrem Lieblingsort Arbon auf dem Balkon verbringt, weil sie

dort, wie sie mir sagt, bei schönem Wetter auf dem See und bis in die wunderschönen Alpen sehen kann. Ich bin überzeugt, dass Anja die Sozialhilfebehörde sofort bereichern wird. Sie ist die hervorragende Ergänzung dieser Behörde. Besten Dank für Ihre Unterstützung.

**Peter Künzi, FDP/XMV:** Vorab eine Mitteilung in eigener Sache: Zu dieser Vorstellung komme ich wie die Jungfrau zum Kind, nichtsdestotrotz werde ich versuchen, mein Bestes zu geben. Beat Eugster ist beinahe 50 Jahre alt, verheiratet, hat zwei Kinder und wohnt hier in Arbon. Er engagiert sich auch nebenberuflich hier in Arbon. Seit 15 Jahren betreut er zusammen mit seiner Frau einen Stand am Wochenmarkt. Seine berufliche Laufbahn begann er als Metallbauschlosser in der Firma Fischer in Romanshorn. Ab 2006 hat er sich dann zunehmend spezialisiert auf sämtliche Themen im Bereich der Sozialhilfe. Er hat in verschiedenen Institutionen und Firmen und in verschiedensten kantonalen Gremien mitgearbeitet und hat vor allem, und das ist für mich eigentlich entscheidend, beim Hearing der FDP/XMV, wo wir ihn löcherten, wie wir nur konnten, einen hervorragenden Eindruck hinterlassen. Er bringt einen reichen Rucksack an Erfahrungen mit 20 Jahren Tätigkeit mit und weiss praktisch in allem und jedem, was irgendwo in der Sozialhilfe von Belang sein könnte. Deshalb verhält es sich ähnlich wie bei Anja Kläusli. Er ist mit Sicherheit die geeignete Person, um die Sozialhilfebehörde zu ergänzen, weil er weiss, wovon er spricht. Ich bitte Sie deshalb, wählen Sie Beat Eugster.

**Ulrich Nägeli, SVP:** Konrad Brühwiler in diesem Kreis vorzustellen, ist etwa wie Eulen nach Athen tragen. Wir alle kennen ihn unter anderem als langjähriges Mitglied des Arboner Stadtparlaments. Aber ob überflüssig oder nicht, ich erlaube mir, Ihnen die Beweggründe für die Kandidatur von Konrad Brühwiler vorzustellen.

Vor 68 Jahren im Hinterthurgau geboren, wohnt er seit 1991 mit seiner Familie in Frasnacht im ehemaligen Postgebäude. 2003 wurde er in das neu gegründete Parlament der Stadt Arbon gewählt, welches er 2007 präsidierte. Von 2011-2019 gehörte er dem Stadtrat an und stand dem Ressort Einwohner und Sicherheit vor. In dieser Zeit gehörte er von Amtes wegen bereits einmal der Sozialhilfebehörde und der Vormundschaftsbehörde der Stadt Arbon an. Er kennt also diese Behörde und Abläufe bestens und könnte sofort und unverzüglich mit dieser Tätigkeit beginnen. Konrad Brühwiler ist als aktiver Pensionär sehr flexibel und betrachtet die Termine der Sozialhilfebehörde als bindend und prioritär. Seine Tätigkeit als selbstständiger Fahrlehrer war in seiner Zeit als Mitglied der Sozialhilfebehörde einmal ein wichtiger Rettungsanker von Betroffenen. Das heisst, er praktizierte Hilfe zur Selbsthilfe, indem er Sozialhilfeempfänger dazu brachte, dass sie den Führerschein erwerben oder wieder erwerben und so auch wieder einer Arbeit nachgehen konnten. Sein Engagement in der Sozialhilfebehörde beschränkt sich vorerst bis zum Ende der Legislatur 2027, da mit der Revision der Gemeindeordnung mögliche Änderungen im Zusammenhang mit der Sozialhilfebehörde geschehen könnten. Da würde es dann von der Ausbildung her problematisch. Nebenbei politisiert er seit 18 Jahren im Grossen Rat des Kantons Thurgau und sitzt dort unter anderem auch in der Justizkommission.

Aus all diesen Gründen kann ich Ihnen die Wahl von Konrad Brühwiler in die Sozialhilfebehörde wärmstens empfehlen.

### **Abstimmung**

Stimmberechtigt: 24, absolutes Mehr: 13

Anja Kläusli: 13 Stimmen

Beat Eugster: 8 Stimmen

Konrad Brühwiler: 3 Stimmen

Anja Kläusli erreicht das absolute Mehr und wird gewählt.

### **3. Stadt Arbon, Budget 2026 Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung**

**Präsident Matthias Schawalder, SVP:** Zu diesem Traktandum möchte ich Pascal Bächler, Leiter Abteilung Finanzen, begrüssen. Er wird Änderungen aus der heutigen Sitzung aufnehmen und uns am Schluss der Beratung nach einer kurzen Pause das aktuelle Endergebnis direkt vorlegen können.

Die Botschaft des Stadtrats zum Budget 2026 liegt Ihnen vor. Die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission hat das Budget 2026 vorberaten. Der Kommissionsbericht und die Anträge der FGK liegen Ihnen ebenfalls vor. Bevor wir in die Beratung einsteigen, möchte ich Ihnen das Vorgehen erläutern.

Zuerst erfolgt das Eintreten, dieses ist obligatorisch. In der Detailberatung werden wir den weissen Teil der Botschaft, den Kommentar des Stadtrats kapitelweise durchgehen. Dazu können Fragen gestellt werden. Die Erfolgsrechnung werden wir mit dem gelben Teil behandeln. Ich werde jeweils die Seitenzahl und die Funktionen nennen. In der Erfolgsrechnung können Anträge gestellt werden. Anträge sind gemäss Art. 41 Abs. 2 des Geschäftsreglements schriftlich einzureichen. Wenn Sie den Antrag formulieren, bitte ich Sie, jeweils die Kontonummer zu nennen.

Liegt ein Antrag der FGK vor, hat jeweils der Vizepräsident der FGK das Wort. Gibt es keine weiteren Wortmeldungen und bleibt dieser Antrag unbestritten, gilt der FGK-Antrag als genehmigt. Wird der Antrag der FGK vom Stadtrat oder von einem Parlamentsmitglied bestritten, wird über den Antrag der FGK abgestimmt.

Liegt ein Antrag der FGK vor und wird von einem Parlamentsmitglied ein weiterer Antrag gestellt, werden wir gemäss Art. 52 des Geschäftsreglements zuerst die Änderungsanträge, d. h. den Antrag der FGK sowie die Anträge der Parlamentsmitglieder einander gegenüberstellen.

Liegt ein einzelner Antrag eines Parlamentsmitglieds vor, werden wir über diesen abstimmen. Bei mehreren Anträgen werden wir gleich verfahren und diese einander gegenüberstellen.

Nach der laufenden Rechnung werden wir mit der Beratung der Investitionsrechnung (grüner Teil) weiterfahren.

**Michael Zwahlen, SP/Grüne, Vizepräsident FGK:** Das ursprüngliche Budget für das Jahr 2026 wurde durch die Arboner Stimmbevölkerung am 30. November 2025 mit einem Neinstimmenanteil von 51.7 Prozent abgelehnt. Der Stadtrat ist seinen Aufgaben nachgekommen und hat das überarbeitete Budget Mitte Februar 2026 verabschiedet. In der Folge blieben der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission zweieinhalb Wochen für das Studium und die Diskussion der Botschaft und des Budgets sowie für die Erstellung des Fragenkatalogs und des Kommissionsberichts. Die FGK legte den Fokus in ihrer Arbeit auf die vorgenommenen Veränderungen im Vergleich zum ursprünglichen Budget. Ich verzichte an dieser Stelle darauf, den Bericht oder Auszüge davon vorzutragen, dennoch möchte ich auf die wichtigsten Veränderungen, welche Gegenstand der Diskussion innerhalb der FGK waren, kurz eingehen.

Das überarbeitete Budget beinhaltet einen Steuerfuss von neu 70 Prozent und damit einhergehend eine Steuerfussreduktion von 2 Prozent. Der Stadtrat ist damit einer der zentralen Forderungen der damaligen Gegnerschaft nachgekommen. Die Steuerfussreduktion wird von der FGK grossmehrheitlich unterstützt. Mit Blick auf die kommenden Entwicklungen steht aber auch die Frage im Raum, wie nachhaltig diese Steuerfussreduktion ausfallen können wird.

Der durch den Stadtrat veranschlagte Aufwandüberschuss von CHF 457'155.00 zeigt sich nahezu identisch mit dem ersten Budget 2026 vor Parlament. Das Defizit fällt nach der Beratung in der FGK rund CHF 100'000.00 tiefer aus und beträgt, sollten Sie den Empfehlungen der FGK folgen, noch CHF 354'655.00. Die FGK stellt lediglich einzelne Anträge. Daraus wird ersichtlich, dass sie insgesamt einverstanden ist mit der überarbeiteten Budgetversion.

Auf der Ausgabenseite fallen der FGK die höheren Aufwendungen für die Sozialhilfe auf. Und auf Seite der Einnahmen ist festzustellen, dass die Höhe der Steuern trotz Steuerfussreduktion nur wenig geringer veranschlagt wird.

Die Summe der geplanten Investitionen bleibt mit rund CHF 10.5 Mio. hoch. Es wird sich nach Abschluss der heutigen Budgetdebatte, aber auch mit Abschluss des Rechnungsjahrs 2026 zeigen, ob der seitens des Stadtrats veranschlagte Umsetzungsgrad von mindestens 70 Prozent der Investitionen erreicht werden wird.

Sie sehen die Anträge bzw. Empfehlungen der FGK in der Botschaft, ich wiederhole diese an dieser Stelle nicht, bedanke mich im Namen der FGK aber bei den Mitgliedern des Stadtrats und den Mitarbeitenden der städtischen Verwaltung für diesen Sondereffort. Wir sind uns bewusst, dass die Überarbeitung des Budgets zeitgleich mit der Erstellung der Rechnung 2025 unmittelbar vor die Erarbeitung des Budgets 2027 zu liegen kommt.

Dann ist es mir ein Anliegen, den Mitgliedern der FGK und namentlich deren Präsidenten Mischa Vonlanthen für die hervorragende Zusammenarbeit und den kritisch-konstruktiven Diskurs herzlich zu danken.

**Aurelio Petti, Die Mitte/EVP:** Die Fraktion Die Mitte/EVP dankt dem Stadtrat und der Verwaltung für die Ausarbeitung des überarbeiteten Budgets. Ebenso bedanken wir uns bei der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für die sorgfältige Prüfung. Ganz besonders danken wir dem Präsidenten Mischa Vonlanthen für den ausführlichen und gut verständlichen Bericht.

Der Stadtrat hat die Forderung nach einer Steuersenkung aufgenommen und berücksichtigt. Gleichzeitig sind Investitionen von mehr als CHF 10 Mio. vorgesehen. Die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission wie auch die Fraktion Die Mitte/EVP haben jedoch wie bereits in den vergangenen Jahren die Realisierbarkeit des gesamten Investitionsvolumens infrage gestellt. Umso erfreulicher ist es, dass der Stadtrat nochmals über die Bücher gegangen ist und in der heutigen Budgetdebatte beantragt, das Investitionsvolumen auf CHF 8.852 Mio. zu reduzieren. Es bleibt zu hoffen, dass davon im laufenden Jahr zumindest 80 bis 90 Prozent tatsächlich umgesetzt werden können. Aufgrund der Verschiebung einiger geplanter Unterhaltsarbeiten ins Jahr 2027 resultiert nun (nur noch) ein Aufwandüberschuss von CHF 457'155.00 vor Bearbeitung durch die FGK. Nach der Bearbeitung des Budgets durch die FGK resultiert, wie wir eben gehört haben, noch ein Verlust von CHF 354'655.00.

In der nachfolgenden Detailberatung werde ich gern ausführlich generell auf das Budget eingehen, um dann bei den einzelnen Konten noch das eine oder andere Votum zu bringen. Die Fraktion Die Mitte/EVP ist selbstverständlich einstimmig für Eintreten.

**José Franco, SP/Grüne:** Die Fraktion SP/Grüne sowie die FGK, deren Mitglied ich bin, haben das Budget sehr genau und sorgfältig angeschaut und geprüft. Für uns ist klar, wir unterstützen das Eintreten auf dieses Traktandum. In der Detailberatung werden wir zwei Fragen einbringen, die unsere grundsätzliche Zustimmung jedoch nicht infrage stellen.

**Ulrich Nägeli, SVP:** Auch wir von der Fraktion SVP bedanken uns für die Unterstützung beim Stadtrat, den Abteilungen und insbesondere bei Pascal Büchler, damit die drei sportlichen Sitzungen mit der nötigen Vorbereitungszeit zügig durchgeführt werden konnten. Der Dank gilt auch der Kommission. Es war eine faire Zusammenarbeit.

Der FGK ist es nun gelungen, mit der von den Stimmbürgern geforderten Steuersenkung auf 70 Prozent ein Budget zu erstellen, das immer noch mit einem leicht erhöhten Ertragsüberschuss rechnet. Sicherlich hat auch der Umstand geholfen, dass zwischen dem ersten Budget gegenüber dem jetzigen überarbeiteten Budget 2026 einige Monate vergangen sind und uns daher aktuellere Zahlen und Beträge vorliegen. Wir anerkennen lobenswert, dass der Stadtrat wie auch die Geschäftsprüfungskommission den Volksentscheid akzeptiert und umgesetzt haben. Die Fraktion SVP ist daher sehr zufrieden mit der neuen Version. Auch mit den Anträgen der FGK sind wir einverstanden und werden diese auch in der Beratung unterstützen. Die Fraktion ist daher klar für Eintreten.

**Genc Zumeri, FDP/XMV:** Wir sind ebenfalls für Eintreten und unterstützen das Budget.

**Aurelio Petti, Die Mitte/EVP:** Wir erinnern uns, das Stimmvolk hat am 30. November 2025 das Budget äusserst knapp abgelehnt und damit der Forderung nach einer Steuersenkung zugestimmt, während eine Mehrheit des Parlaments das Budget ohne Steuersenkung empfohlen hatte. Die Folgen dieses Entscheids spüren wir seither alle deutlich. Seit dem 1. Januar 2026 darf die Verwaltung bis zur Genehmigung eines neuen Budgets nur gebundene Ausgaben tätigen, und neue Projekte können nicht gestartet werden. Gleichzeitig entstand zusätzlicher Aufwand für Stadtrat, Verwaltung und Parlament. Geschätzte Damen und Herren, wir tragen diese Kosten alle gemeinsam.

Wir mahnen, dass eine Senkung des Steuerfusses um 2 Prozentpunkte zu jährlichen Mindereinnahmen von rund CHF 650'000.00 führt. Die durchschnittliche Entlastung pro steuerpflichtige Person beträgt lediglich CHF 40.00 und hat damit vor allem symbolischen Charakter. Demgegenüber fallen ab 2028 die Einnahmen aus der Liegenschaftssteuer von rund CHF 1.2 Mio. jedes

Jahr weg. Und ab 2029 entstehen weitere Mehrkosten von rund CHF 1.2 Mio. jährlich durch zusätzliche Aufwendungen bei der individuellen Prämienverbilligung. Insgesamt fehlen der Stadt Arbon ab 2029 voraussichtlich rund CHF 3 Mio. Cash in der Kasse, und das jedes Jahr. Es bleibt zu hoffen, dass die Liquidität der Stadtkasse nicht zu stark beeinträchtigt wird.

Der Stadtrat hat in kurzer Zeit, wie wir gehört haben, ein neues Budget vorgelegt, es Mitte Februar verabschiedet und der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission zur Prüfung unterbreitet. Für die Prüfung blieb wie erwähnt sehr wenig Zeit übrig, umso mehr schätzen wir die ausgezeichnete Arbeit der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission.

Der Stadtrat beantragt nun eine Senkung des Steuerfusses von 72 Prozent auf 70 Prozent und budgetiert gleichzeitig einen Aufwandüberschuss vor Bearbeitung durch die FGK von CHF 457'000.00. Wie bereits erwähnt, werden einige Unterhaltsarbeiten um ein Jahr verschoben, was das Budget um weitere CHF 400'000.00 entlastet. Ohne diese Verschiebung läge der Aufwandüberschuss bei rund CHF 850'000.00.

Auch im überarbeiteten Budget sind weiterhin Investitionen von mehr als CHF 10 Mio. vorgesehen. Wie die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission bezweifeln auch wir, dass dieses Volumen vollständig realisiert werden kann. Wie bereits erwähnt wurde, wird der Stadtrat nun einen Antrag stellen, und erfreulicherweise reduziert er das Investitionsvolumen.

Die Fraktion Die Mitte/EVP steht Steuersenkungen natürlich grundsätzlich auch sehr positiv gegenüber, aber nur dann, wenn sie langfristig finanzierbar und verantwortbar sind. Angesichts der absehbaren Mindereinnahmen und Mehrkosten bestehen daran erhebliche Zweifel. Dennoch respektieren wir den Entscheid des Stimmvolks und wollen eine weitere Blockade vermeiden. Unsere Fraktion unterstützt daher mehrheitlich die beantragte Senkung des Steuerfusses und stimmt dem Investitionsvolumen von CHF 8.852 Mio. zu. Zudem folgt sie allen Anträgen der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission und wird das Budget einstimmig genehmigen.

**Riquet Heller, FDP/XMV:** Vielen Dank an alle, die sich für die Auflage eines korrigierten Budgets engagiert haben. Es folgt dem, was das Komitee Nein zum Budget 2026 im Wesentlichen verlangt hat, nämlich einer Senkung des Steuerfusses um 2 Prozent. Allein die Begleitmusik, soeben wieder gehört, die zu dieser Budgetneuaufgabe ständig und namentlich auch vom Stadtrat in amtlichen Verlautbarungen geblasen wird, ist verfehlt. Das Komitee, das die Neinparole propagiert hat, und die Neinstimmenden seien schuld daran, dass die Stadt alles Mögliche und Unmögliches aktuell nicht zahlen könne. Grund: Mit dem Nein zum Budget fehle für die Zahlungen die rechtliche Grundlage. Darum kein Apéro an der Neujahrsbegrüssung für die Bevölkerung, keine Ehrung für den Arboner des Jahres 2026 Hansueli Bruderer, keine Sandwiches für die Stimmzählerinnen und -zähler, die am vergangenen Abstimmungssonntag von morgens früh bis über den Mittag hinaus Stimmen gezählt haben, kein Geld für Vereine, welche Jugendliche ausbilden und beschäftigen, so etwa in Sachen Sport, nicht einmal wenn Hilfsbedürftigkeit bei einzelnen Jugendlichen nachgewiesen ist. An allem und jedem sollen das Nein-Komitee und die Neinstimmenden schuld sein. Dem ist nicht so.

Der Stadtrat und die Mehrheit des Parlaments haben gewusst, dass die Stimmberechtigten eine Steuerfussreduktion wünschen, dies via die Abgeordneten in diesem Parlament. Diesem Wunsch sind Stadtrat und Parlamentsmehrheit bewusst nicht nachgekommen und haben sich verzockt und die Quittung erhalten. Die Unnachgiebigkeit des Stadtrats und der Mehrheit des Parlaments also ist schuld, dass wir die Unannehmlichkeiten eines abgelehnten Budgets zu ertragen haben und uns nochmals hinter dieses Budget zu klemmen haben. Ich tröste alle, die Nein zum Budget gestimmt haben. Sie sind nicht nur unschuldig am Desaster, sondern haben allen Steuerpflichtigen die Bezahlung von rund CHF 700'000.00 Steuern erspart. Sie fehlen nicht in der Stadtkasse, sondern sie sind jetzt noch im Portemonnaie unserer Steuerzahler. Und deshalb merci für diese Nein-Stimmen.

Das Budget, das wir jetzt beraten, macht klar, dass die Neinstimmenden auch in der Sache ziemlich richtig lagen. Die Stadtkasse wird die Steuersenkung gut verkraften. Wahrscheinlich noch besser, wenn die Rechnung 2025 definitiv vorliegt. Der sehr positive Abschluss der Rechnung der Sekundarschulgemeinde Arbon deutet in diese Richtung. Darum abermals ein Dank an diejenigen, die Nein gestimmt haben und die diese Propaganda entsprechend lanciert haben.

## Materielle Beratung

Kommentar des Stadtrats

S. 3

**Riquet Heller, FDP/XMV:** Ich habe eine Frage betreffend die Arbeit unserer vorberatenden Kommission zu S. 3 oben, wo steht: «Ein beträchtlicher Teil davon ist aber offenbar auf nicht wiederkehrende Ereignisse zurückzuführen (Erbschaften usw.)» Eine Erbschaft ist für unser Budget irrelevant. Eine Erbschaftssteuer wird nicht erhoben. Und wenn es so wäre, dass es irgendetwas mit den Einkünften zu tun hat, wären das wiederkehrende Einnahmen aus Erbschaften, und diese fallen nicht nur einmal an, sondern wer eine Erbschaft antritt, kann periodisch immer wieder aus dieser Erbschaft Erträge beziehen. Die Erbschaft allein bedingt nicht, dass wir Erträge haben, denn allfällige Erträge, die zu Lebzeiten des Erblassers angefallen sind, werden am Ort des Todes des Erblassers veranlagt. Demzufolge bitte keine Schwarzmalerei. Erbschaften sind für unser Budget irrelevant.

Erfolgsrechnung

S. 1 Legislative

30 Alle Funktionen, Personalkosten, Besoldungsanpassungen

**Michael Zwahlen, SP/Grüne, Vizepräsident FGK:** Wir haben in der FGK festgestellt, dass die Jahresteuern in dem zu beobachtenden Zeitraum lediglich 0.1 Prozent beträgt und nicht wie vom Stadtrat beschrieben 0.2 Prozent. Die FGK hat vor diesem Hintergrund diskutiert, dass 0.2 Prozent für eine generelle Lohnanpassung inkl. diesem Teuerungsausgleich ausreichend sei. Das entspricht der Abweichung von 0.2 Prozent für die generelle Lohnanpassung statt wie vom Stadtrat vorgeschlagen 0.4 Prozent.

**Jakob Auer, SP/Grüne:** Habt ihr gewusst, dass wir Verwaltungsräte sind und ein Unternehmen strategisch leiten? Unser Unternehmen heisst Stadt Arbon. Als Verwaltungsrat sind wir stolz auf die Produkte unserer Firma, auf die Projekte und Arbeiten, die von der Planung bis zur Umsetzung mit Dienstleistungen, gezielten Investitionen und strategischer Planung ausgearbeitet werden. Unsere Angestellten verrichten jeden Tag ihre Arbeiten. Arbeiten, die nicht im stillen Kämmerlein gemacht werden, Arbeiten, die alle unsere Aktionäre – das Stimmvolk – sehen und spüren. Auch wenn wir diese Arbeiten zum grössten Teil von unserer grossen Holdingfirma Thurgau erhalten, die Umsetzung bleibt doch bei uns.

Als Unternehmer legen wir einzelne Geschäfte unseren Aktionären vor, welche sie zum grossen Teil mit ihrer Zustimmung anerkennen und unterstützen. Es sind genau diese Anträge an die Aktionäre, welche in einer sehr guten und fundierten Qualität vorgelegt werden müssen. Wer ist denn für diese Qualität verantwortlich? Wer kann unsere Produkte positiv verkaufen, sie erklären und beraten? Unser Personal zusammen mit unserer Geschäftsleitung, unserem Stadtrat. Daher sind sie unser höchstes Gut.

In allen Abteilungen unserer Firma arbeiten qualifizierte Mitarbeitende. Mitarbeitende, die von unserer Seite eine grosse Wertschätzung erhalten und diese, man glaubt es kaum, auch verdienen. Als Unternehmer ist es auch wichtig, mit gezielten Investitionen das Unternehmen zu stärken. Es sind permanent Abläufe zu prüfen, vorgeschriebene Änderungen anzupassen, passende Infrastruktur zu schaffen und dem Personal sage und schreibe Sorge zu tragen, wie zum Beispiel Arbeitsplatzsicherheit mit all ihren Bestimmungen. Denn an ihren Leistungen werden wir gemessen. Wir wollen ja auch alle vier Jahre, dass unsere Aktionäre entscheiden und wir unseren Job als Verwaltungsrat unseres Unternehmens behalten können.

Für vieles haben wir ein System. Wir haben Regeln oder Abmachungen. Was nicht geht als Verwaltungsrat, wenn wir diese Punkte eigenmächtig bewegen. Sowie so dann nicht, wenn es gegen das Reglementierte oder im System geregelt ist. Wollen nun einzelne Mitglieder des Verwaltungsrats Löhne anpassen, wollen sie sich in diese Systematik einmischen, die schon jahrelang gut

funktioniert hat, nur weil von den Aktionären ein Geschäft zur Verfeinerung zurückgeschickt worden ist? Mit dem gewählten System unserer Entscheidungen zu Lohnanpassungen Ende Jahr haben wir in der Vergangenheit mit dem Reglement gut, sehr gut gearbeitet. Manchmal fielen die individuellen Anpassungen zugunsten unsererseits aus, manchmal zugunsten unserer Mitarbeitenden, welche wir immer wieder als qualifizierte Menschen betiteln. Nun verlangen jedoch einzelne unserer Verwaltungsräte, wir sollen aufgrund eines fragwürdigen Massstabs, nennen wir diesen Massstab Teuerung, die Lohnsumme reduzieren, obwohl wir diese mit demselben Massstab bewilligt haben. Was für eine Ironie. Reden wir doch mal über diesen Massstab. Er ist unfair, er ist nicht aktuell, er ist schlichtweg veraltet. Aber trotzdem wird er auch bei anderen Unternehmen angewendet. Auf so eine Messlatte vertrauen wir und ziehen es vor, dass wir unser Personal diesmal abstrafen. Das klingt wie eine Ohrfeige. Was sind wir denn für Arbeitgeber? Wo ist unsere oft erwähnte Wertschätzung, unser Vertrauen und unser Glaube an unsere Mitarbeitenden? Sind wir denn alle Teleboys? Wollen wir diesen Bumerang werfen? Und glaubt ja nicht, mit solchen schwachen Argumentationen oder niederschweligen Aussagen könnt ihr ihn halten, wenn er zurückkommt. Nachdem er bei den Mitarbeitern eingeschlagen ist, kommt er zurück. Solche stumpfsinnigen Einschläge an den Mitarbeitenden sind es doch, die manch einen empfindlich treffen, bis er das Schussfeld verlässt, auch wenn er sechs Wochen nicht da ist. Am Schluss ist es teurer. Kurz: Man kann, aber man muss nicht.

Mich interessiert doch nicht, was andere Firmen in der gleichen Branche machen. Für die bin ich überhaupt nicht verantwortlich. Mich interessiert die Meinung unserer Geschäftsleitung und ihre Arbeit. Also liebe Mitglieder des Verwaltungsrats, schießt nicht bei passender Gelegenheit der Geschäftsleitung und den Mitarbeitern in den Rücken. Seien Sie ein stolzer Verwaltungsrat und stehen Sie zu Ihren Entscheidungen, die sie einst gewählt haben, auch wenn die Entscheidungsgrundlage heute sich marginal geändert hat. Denn solche verantwortungslose, nachlässige, sträfliche und flatterhafte Verwaltungsräte haben wir genug in der Industrie. Zählen Sie sich doch nicht auch dazu. Zeigen Sie die Wertschätzung und vertreten Sie diese. Wenn Sie das machen, lehnen Sie den Antrag der FGK ab. Ich mache es.

**Präsident Matthias Schwalder, SVP:** Jakob Auer, als Präsident des Verwaltungsrats mahne ich, eure Voten kurz zu halten.

**Aurelio Petti, Die Mitte/EVP:** Selbstverständlich haben Sie es geahnt, dass mein Vorredner so reagieren wird und entsprechend diesen Antrag ablehnen möchte. Aber ganz offen gesagt: Was hat das mit dem Antrag der FGK zu tun? Es ist ganz einfach ein sachliches Versehen, resp. man hat es nicht berücksichtigt. Ich bin auch Mitglied der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission. Wir schätzen selbstverständlich die Arbeit unserer Mitarbeitenden in der Verwaltung inklusive Stadtrat und wir gönnen ihnen jeden Franken. Ich möchte aber erwähnen, vor ein paar Jahren haben wir hier in diesem Parlament Ungerechtigkeiten mit viel Geld kompensiert. Vielleicht können Sie sich erinnern, es hat uns einiges Geld gekostet, aber wir alle standen dazu, inklusive die FGK.

Um was geht es hier eigentlich? Es geht nur um einen kleinen Rechnungsfehler, und es ist schlicht und einfach die Aufgabe der FGK, solche Dinge aufzuklären und gegenüber dem Steuerzahler klar zu kommunizieren. Alles, was vorhin gesagt wurde, mag ja schön und gut sein, aber hier ist es ganz simpel. Es ist ein kleiner Fehler, dieser wird korrigiert. Punkt, aus, Amen. Ich bedanke mich, dass Sie diesem Antrag folgen.

**Ulrich Nägeli, SVP:** Ich bin auch für diesen Antrag, dass wir das korrigieren. Jakob Auer hat den Index angesprochen. Dieser wird in der ganzen Schweiz gleich zusammengesetzt. Er möchte gern eine andere Indexierung, also anders zusammengesetzt. Das kommt vielleicht irgendeinmal, aber auch dann werden wieder alle über den gleichen Index berechnet. Die Kommission hat hier nur das befolgt, was steht, deshalb bin ich für diesen Antrag.

**Stadtpräsident René Walther, FDP:** Mit der geforderten Reduktion um 0.2 Prozent würde die Lohnerhöhung in Arbon dieses Jahr neu bei 1 Prozent liegen. Damit positioniert sich die Stadt Arbon, wie von der FGK selbst dargelegt, unterhalb von Frauenfeld mit 1.3 Prozent und Kreuzlingen mit 1.2 Prozent und lediglich auf dem Niveau des Kantons Thurgau mit 1 Prozent. Die

beiden Städte Frauenfeld und Kreuzlingen haben ein fixes, vorgegebenes Bemessungssystem, darum diese Höhe. Der Kanton Thurgau bemisst die Teuerung mit einem Blick in die Zukunft, wir mit einem Blick in die Vergangenheit bzw. liegt er beim aktuellen Stand der Bemessung. Bei der Stadt Arbon bemessen wir die Teuerung aufgrund der Daten zum Zeitpunkt der Budgeterstellung, also ungefähr im November. Würde man im Frühjahr zurückschauen auf die effektive Jahresteu-erung, würde man immer daneben liegen, wie Jakob es richtigerweise erwähnt hat. Einmal zu- gunsten der Arbeitnehmer, einmal zulasten dieser. Aufgrund der Ablehnung des Budgets machen wir das nun für einmal und unterbrechen das System der Bemessung zu Ungunsten der Mitar- beiter.

Bereits heute bewegen wir uns am unteren Rand der Lohnbänder. Gleichzeitig ist zu berücksich- tigen, dass das absolute Lohnniveau der Stadt Arbon in vielen Funktionen nicht mit anderen Ar- beitgebern mithalten kann. Diese Rückmeldungen erhalten wir regelmässig im Rahmen von Be- werbungsprozessen, gerade auch aktuell. Die Rekrutierung von qualifizierten Fachpersonen ist bereits heute anspruchsvoll, insbesondere in sensiblen und spezialisierten Bereichen wie der Be- rufsbeistandschaft, im Sozialamt, im Bauwesen oder in Funktionen mit Führungsfunktion und Spezialverantwortung. Gerade dort, wo spezifisches Fachwissen oder ausserordentliche Belast- barkeit gefordert ist, stehen wir in direkter Konkurrenz zu anderen öffentlichen und privaten Ar- beitgebern. Die finanziellen Einsparungen durch die vorgeschlagene Reduktion sind hingegen gering. Hierzu kommt die besondere Situation der vergangenen Monate. In der Phase ohne ge- nehmigtes Budget haben sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Arbon äusserst ver- antwortungsvoll und engagiert gezeigt. Trotz Unsicherheiten wurde mit hoher Motivation daran gearbeitet, Projekte mit zusätzlichem Einsatz voranzutreiben und den Betrieb sicherzustellen, sodass letztlich tatsächlich nicht viel liegengeblieben ist.

Im Vorfeld bzw. in den Debatten zum Budget 2026 wurde die Lohnanpassung nicht in den Fokus gestellt. Der Stadtrat ist der Forderung der Anliegen der Budgetkritiker in wesentlichen Punkten nachgekommen. Eine nachträgliche Reduktion der Lohnanpassung greift nun in einen zuvor un- bestrittenen Bereich ein und sendet ein kritisches Signal an die Mitarbeitenden. Das kann den Eindruck mangelnder Wertschätzung erzeugen.

Auch das Argument der Teuerung verdient eine differenzierte Betrachtung. Die Teuerung ist kein fixer, eindeutig messbarer Wert. Vermeintlich schon. Er basiert auf einem definierten Warenkorb und bildet somit nur einen Teil der tatsächlichen Lebensrealität ab. Stichwort Krankenkassenprä- mien. Zudem ist die Teuerung gerade aktuell sehr starken Schwankungen unterworfen. Gerade vor dem Hintergrund geopolitischer und global wirtschaftlicher Unsicherheiten kann es kurzfristig zu erheblichen Ausschlägen kommen. Eine Reduktion der Lohnanpassung von 0.4 Prozent auf 0.2 Prozent ist daher weniger Ausdruck einer präzisen wirtschaftlichen Steuerung, sondern viel- mehr eine symbolische Massnahme. Sie trägt den realen Entwicklungen nur bedingt Rechnung. Zusammenfassend: Die Rekrutierung von qualifizierten Fachpersonen ist bereits heute heraus- fordernd und wird noch herausfordernder. Die Mitarbeitenden haben sich in einer schwierigen, budgetlosen Phase ausserordentlich engagiert und wertvolle Arbeit geleistet. Eine nachträgliche Kürzung der Lohnanpassung sendet ein problematisches Signal hinsichtlich Wertschätzung. Die Teuerung ist volatil und nur begrenzt aussagekräftig. Eine Reduktion ist daher eher symbolischer Natur als wirtschaftlich begründet. Der Vergleich mit anderen Städten im Kanton hinkt, da wie von mir dargelegt, unterschiedliche Bemessungsgrundlagen existieren. Eine ausserordentliche Abweichung vom Bemessungszeitpunkt erzeugt eine systemische Benachteiligung der Mitarbei- tenden in diesem Jahr. Daher bitte ich Sie, den Antrag der FGK abzulehnen.

### **Abstimmung**

Der Antrag der FGK wird mit 15 Ja-Stimmen gegen 10 Nein-Stimmen angenommen.

S. 4 0222.3010.00 / Besoldungen Bauverwaltung

**Michael Zwahlen, SP/Grüne, Vizepräsident FGK:** Ein Anliegen der FGK ist, dass das Budget möglichst realitätsnah ist. Wir haben festgestellt, dass diese eine Stelle in der Bauverwaltung erst im September besetzt wird. Dabei geht es nicht um die Etaterhöhung an sich, sondern effektiv darum, dass diese Stelle erst im September besetzt wird, weshalb Lohnkosten nicht für das ganze

Kalenderjahr anfallen. Wir sind der Meinung, dass man das Budget an dieser Position entsprechend anpassen kann und nur die Lohnkosten, die effektiv anfallen werden, ins Budget aufnehmen muss. Wir werden uns im nächsten Jahr daran erinnern, dass es 2027 für diese Stelle in der Bauverwaltung einen ganzen Jahreslohn braucht und werden diese Abweichung selbstständig erkennen. Die FGK beantragt, diesen Posten entsprechend zu kürzen.

**Präsident Matthias Schawalder, SVP:** Gibt es Wortmeldungen zu diesem Antrag? – Wenn nicht, gilt der Antrag der FGK stillschweigend als angenommen.

S. 28 5430.4637.00 / Alimenten-Bevorschussungen: Zahlungen Schuldner

**Michael Zwahlen, SP/Grüne, Vizepräsident FGK:** Wir haben in dieser Position dem Stadtrat eine Frage gestellt, er hat uns darauf entsprechend geantwortet, dass man den Betrag um die CHF 20'000.00 anpassen könne. Das haben wir in einen Antrag umgemünzt.

**Präsident Matthias Schawalder, SVP:** Gibt es Wortmeldungen zu diesem Antrag? – Wenn nicht, gilt der Antrag der FGK stillschweigend als angenommen.

**Präsident Matthias Schawalder, SVP:** Kurt Boos ist soeben eingetroffen, somit sind 26 Parlamentsmitglieder anwesend.

Investitionsrechnung

S. 2 Kultur, Sport und Freizeit

3411 / INV00147 / Ufersanierung Seezugang Schwimmbad

**Michael Zwahlen, SP/Grüne, Vizepräsident FGK:** Wir hatten eine Frage an den Stadtrat bezüglich der budgetierten Zahlen. Es wurde geantwortet, dass aufgrund der aktualisierten Erkenntnisse beim Schwimmbad der Anteil von CHF 160'000.00 auf CHF 100'000.00 gekürzt werden könne. Wir haben das als Antrag aufgenommen.

**Präsident Matthias Schawalder, SVP:** Gibt es Wortmeldungen zu diesem Antrag? – Wenn nicht, gilt der Antrag der FGK stillschweigend als angenommen.

3411 / INV00214 / Eingangsbereich, Betriebsgebäude Kiosk: Senkung von CHF 230'000.00 auf CHF 50'000.00

**Stadtpräsident René Walther, FDP:** Wir werden jetzt vom Stadtrat uns erlauben, einmal das Wort zu ergreifen und auch die folgenden Anträge zu begründen, damit es ein bisschen schneller geht.

Wir sind nochmals mit den zuständigen Mitarbeitenden durch die Projekte gegangen und haben uns Projektstände und die Prognosen für dieses Jahr angeschaut und dies in den entsprechenden Anträgen dargelegt. Daher diese verschiedenen Anträge. Dabei haben wir berücksichtigt, dass einerseits voraussichtlich nicht alles in diesem Jahr verrechnet wird und sich andererseits gewisse Projekte verschieben.

**Michael Zwahlen, SP/Grüne, Vizepräsident FGK:** Ich versuche ebenfalls eine Antwort auf alle diese Anträge, die jetzt dann vom Stadtrat folgen. In der FGK wurden diese Anträge nicht inhaltlich besprochen. Ich möchte nur ein kleines Stimmungsbild wiedergeben. Wir diskutieren in der FGK immer wieder über die Höhe der Investitionen. Uns ist es wiederholt ein Anliegen, dass diese Investitionen nur dann ins Budget aufgenommen werden, wenn sie ziemlich sicher als realisierbar gelten. Die Korrekturen, die der Stadtrat jetzt vornimmt, erfolgen auf einem aktualisierten Kenntnisstand. Wenn ich die Diskussion in der FGK richtig interpretiert habe, gehe ich davon aus, dass von dieser Seite her volles Einverständnis mit diesem Vorgehen besteht.

### **Abstimmung**

Der Antrag des Stadtrats wird einstimmig angenommen.

3421 / INV00173 / Zufahrtstrasse FPT: Senkung von CHF 500'000 auf CHF 0

**Stadtrat Daniel Bachofen, SP:** Die Realisierung der Zufahrtsstrasse bei der FPT wird voraussichtlich nicht 2026 stattfinden. Aus diesem Grund wurde der Betrag auf null gesetzt. Ich bitte euch, dem Antrag zuzustimmen.

### **Abstimmung**

Der Antrag des Stadtrats wird einstimmig angenommen.

S. 6 Verkehr Nachrichtenübermittlung

6191 / INV00232 / Werkhof, Fahrzeugersatz 2026, grosse Strassenreinigungsmaschine: Senkung von CHF 435'000.00 auf CHF 0

**Stadtrat Dieter Feuerle, Grüne:** Die Strassenwischmaschine läuft noch, hat ihr Lebensalter allerdings schon erreicht. Da schon ein Vierteljahr um ist, können wir es riskieren, diese Maschine sehr wahrscheinlich in diesem Jahr nicht anzuschaffen und können sie darum aus dem Investitionsbudget herausnehmen.

### **Abstimmung**

Der Antrag des Stadtrats wird einstimmig angenommen.

S. 8 Umweltschutz und Raumordnung

7710 / INV00229 / Friedhofskapelle, Sanierung: Senkung von CHF 900'000.00 auf CHF 500'000.00

**Stadtrat Daniel Bachofen, SP:** Bei der Sanierung der Friedhofskapelle wird sich das Projekt auch leicht verzögern. Deshalb gehen wir davon aus, dass wir im Jahr 2026 nur etwa CHF 500'000.00 umsetzen werden. Der Rest wird dann 2027 umgesetzt. Deshalb die Reduktion von CHF 900'000.00 auf CHF 500'000.

### **Abstimmung**

Der Antrag des Stadtrats wird einstimmig angenommen.

7710 / INV00230 / Friedhof, Grabstellen-Sanierung / Neue Erdbestattungsgräber: Senkung von CHF 50'000.00 auf CHF 0

**Stadtrat Luzi Schmid, Die Mitte:** Hier geht es um die Erdbestattungen. Wie wir wissen, nehmen Erdbestattungen immer mehr ab. Es gibt immer mehr Kremationen und mehr Wandplatten. Bei der Diskussion über die Investitionsrechnung vor einem Jahr wurde das für 2026 geplant. Wir verschieben das auf 2027, also fällt dieser Betrag weg.

**Aurelio Petti, Die Mitte/EVP:** Ich spreche wiederum als Mitglied der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission. Ich bin bereits seit sechs Jahren in dieser Kommission und in der Tat, wie der Vizepräsident es gesagt hat, führen wir jedes Jahr Diskussionen über die Höhe der Investitionen, die man tätigen möchte. Ich kann Ihnen versichern, jedes Jahr wird das bei Weitem nicht erreicht. Ich bin umso dankbarer, dass der Stadtrat nun kurz vor dieser Debatte die Investitionen nochmals sorgfältig überprüft und doch immerhin um rund CHF 1.6 Mio. reduziert hat. Persönlich bin ich immer noch der Meinung, wenn wir davon 80 bis 90 Prozent erreichen, dann ist das sehr gut.

## **Abstimmung**

Der Antrag des Stadtrats wird einstimmig angenommen.

**Rückkommen** wird nicht gewünscht.

**Präsident Matthias Schawalder, SVP:** Die Zahlen liegen vor, ich möchte Pascal Bächler bestens danken.

## **Abstimmung**

1. Der Steuerfuss für das Jahr 2026 wird mit 22 Ja-Stimmen gegen 3 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung von 72 Prozent auf 70 Prozent gesenkt.
2. Das Budget 2026 der Erfolgsrechnung mit einem Aufwandüberschuss von neu CHF 325'655.00 wird mit 25 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung genehmigt.
3. Die Investitionsrechnung 2026 mit Nettoinvestitionen von neu CHF 8.852 Mio. wird einstimmig genehmigt.
4. Die Investition 2026 in das Finanzvermögen von neu CHF 680'000 wird einstimmig genehmigt.

**Präsident Matthias Schawalder, SVP:** Das Budget und der Steuerfuss unterliegen gemäss Gemeindeordnung Art. 7 obligatorisch der Volksabstimmung und werden den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern am 14. Juni 2026 zur Abstimmung unterbreitet.

Somit sind wir am Ende dieses Traktandums. Ich bedanke mich nochmals ganz herzlich bei Pascal Bächler und den Mitgliedern der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für die geleistete Arbeit.

## **4. Seeuferrevitalisierung Schwimmbad und Seepark, Kredit in der Höhe von CHF 6'350'000 für die Revitalisierung des Uferabschnitts Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung**

**Präsident Matthias Schawalder, SVP:** Für die Vorbereitung des Geschäfts wurde eine vorberatende Kommission eingesetzt. Gemäss Art. 34 Abs. 1 des Geschäftsreglements bitte ich den Präsidenten der vorberatenden Kommission ans Rednerpult.

**Michael Zwahlen, SP/Grüne, Präsident vorberatende Kommission:** Im Namen der vorberatenden Kommission darf ich Ihnen das Geschäft zur Seeuferrevitalisierung beim Schwimmbad und Seepark unterbreiten. Die Kommission hat die Vorlage an zwei Sitzungen vertieft geprüft. Grundlage bildet die Botschaft des Stadtrats vom 25. August 2025 mit einem beantragten Objektkredit in der Gesamthöhe von CHF 6.35 Mio.

Im Zentrum steht ein Projekt, das mehrere zentrale Anliegen miteinander verbindet. Erstens erfüllt es die gesetzlichen Vorgaben im Bereich des Gewässerschutzes. Eine Revitalisierung des Ufers ist nicht optional, sondern zwingend. Zweitens verbessert es die ökologische Qualität des betroffenen Seeuferabschnitts substantiell. Und drittens schafft es gleichzeitig einen klaren Mehrwert für die Bevölkerung, insbesondere für den Badebetrieb und die Naherholung.

Die Kommission ist zum Schluss gekommen, dass der Handlungsbedarf ausgewiesen ist. Der heutige Zustand mit eingeschränktem Seezugang und provisorischen Absperrungen ist nicht befriedigend. Das vorliegende Projekt überzeugt durch seinen integralen Ansatz. Eingriffe im Bereich des Schwimmbads werden durch ökologische Aufwertungen im Seepark kompensiert. Damit wird insgesamt eine positive ökologische Gesamtbilanz erreicht. Die geplanten Massnahmen sind fachlich abgestützt, nachvollziehbar begründet und wurden in den Vorprüfungen durch Bund und Kanton grundsätzlich als gut beurteilt.

Mit gesondertem Blick auf den Badebetrieb überzeugen die baulichen Massnahmen. Die flachen Ufer, die Kinderbucht, die Sitzgelegenheiten und der Badesteg mit integriertem, hindernisfreiem

Seezugang versprechen eine deutliche Attraktivitätssteigerung für Klein, Gross und für Menschen mit einer beeinträchtigten Mobilität.

Auch die finanziellen Aspekte wurden innerhalb der Kommission eingehend diskutiert. Der beantragte Objektkredit basiert grundsätzlich auf soliden, erfahrungsbasierten Annahmen. Die Höhe der zu erwartenden Subventionen und die zur Subvention berechtigten Projektbestandteile werden allerdings erst durch die Auflage des finanzierten Bauprojekts durch Bund und Kanton definitiv festgelegt. Dieser Umstand wurde seitens Stadtrat stets transparent und offen dargelegt, ändert aber nichts an der Höhe des beantragten Objektkredits. Die nach der Beratung der Kommission zur Kenntnis gebrachten Veränderungen der Subventionswürdigkeit des Badestegs ermöglichen dem Parlament nun, die Beratung auf einer aktualisierten Basis und damit eine verbesserte Einschätzung des zu erwartenden Realaufwands vorzunehmen. Ich bedanke mich beim Stadtrat für die entsprechende Transparenz.

Das gewählte Vorgehen, die Arbeiten am Vorprojekt und am Bauprojekt zeitlich zu überlappen, wird seitens der Kommission mit Blick auf die Zeitachse begrüsst. Eine Verzögerung um mehrere Jahre wäre angesichts der heutigen Situation im Schwimmbad kaum vertretbar.

Zu reden gegeben hat in der Kommission insbesondere auch die Frage der ganzjährigen Zugänglichkeit des Schwimmbadufers. Eine Kommissionsmehrheit ist der Ansicht, dass ein Projekt dieser Grössenordnung nicht nur auf den Sommerbetrieb ausgerichtet sein soll. Der geplante Winterfussweg – und nicht Wanderweg – wird deshalb als Mehrwert betrachtet, der sich mit vergleichbar wenig Aufwand realisieren lässt. Die Realisierung des Winterfusswegs ist aus Sicht der Kommission aber ein gesondertes Vorhaben mit sekundären Bezügen zu den Massnahmen der Revitalisierung des Seeufers und der Optimierung des Badebetriebs. Aus diesem Grund beantragt die Kommission dem Parlament, dieses Vorhaben dem Stimmvolk gesondert vorzulegen. Ich werde den entsprechenden Antrag zu Beginn der Detailberatung stellen.

Insgesamt kommt die Kommission zum Schluss, dass die Vorlage sinnvoll, ausgewogen und zukunftsgerichtet ist. Sie verbindet ökologische Verantwortung mit konkretem Nutzen für die Bevölkerung und trägt so zur Attraktivitätssteigerung Arbons bei.

Es verbleibt mir der Dank an den Stadtrat für die differenzierte Botschaft und das sorgfältige, transparente Vorgehen, an die Mitarbeitenden der städtischen Verwaltung für die tatkräftige Unterstützung und an den Verantwortlichen des Planerbüros für die differenzierte, fachlich fundierte Beantwortung all unserer Fragen. Ich bitte Sie im Namen der Kommission, ebenfalls auf das Geschäft einzutreten und den Anträgen der Kommission zu folgen.

**Judith Huber, Die Mitte/EVP:** Wir bedanken uns beim Stadtrat und dem Expertenteam für das gelungene, gut durchdachte Projekt. Den Bedürfnissen der Bevölkerung und der Natur wurde aus unserer Sicht auf beachtenswerte Weise Rechnung getragen. Wir sind einstimmig für Eintreten.

**Chiara Eugster, SP/Grüne:** Im Namen der Fraktion SP/Grüne bedanke auch ich mich bei der Kommission, insbesondere dem Kommissionspräsidenten Michael Zwahlen und vor allem dem Stadtrat für die ausführliche Botschaft. Auch wir sind für Eintreten.

**Corinne Straub, SVP:** Im Namen der SVP-Fraktion bedanke ich mich beim Kommissionspräsidenten für seine nicht immer einfache Leitung, bei den Kommissionsmitgliedern und der externen Begleitung für die konstruktiven Sitzungen. Die SVP ist einstimmig für Eintreten. Wir unterstützen den Antrag der Kommission, dass der Winterwanderweg in einer separaten Abstimmung zu klären ist. Dies, weil eine Mehrheit der Fraktion den Winterwanderweg als extremen Eingriff in die Charakteristik des Schwimmbads zur Folge hat und diesen somit ablehnt. Der Steg ist für uns wie vorgeschlagen zu realisieren. Über die Finanzierung werden wir in der Detailberatung noch sprechen. Dieses Gesamtprojekt hat viele Facetten, welche beachtet werden mussten, Kanton, Natur, Finanzen, und verdient unsere volle Unterstützung. Ich freue mich auf das Projekt Revitalisierung Seeufer und Seepark, welches dem Schwimmbad und auch der Natur die überregionale Attraktivität zurückgibt und besser heute als erst morgen umgesetzt werden sollte.

**Riquet Heller, FDP/XMV:** Vorweg möchten meine Fraktion und ich uns beim Präsidenten der vorberatenden Kommission für seine umsichtige und speditive Arbeit bedanken. Den ausführli-

chen, neunseitigen Kommissionsbericht hat er in geduldiger Abstimmung mit den Kommissionsmitgliedern verfasst und nicht ein Ghostwriter aus der Verwaltung. Chapeau. Ebenso danke ich Stadtrat Daniel Bachofen, in dessen Ressort das vorliegende Projekt fällt. Weiter unserem Parlamentssekretär für die protokollarischen Arbeiten.

Unterstützt wurden wir in erster Linie von Ingenieur Kenneth Dietsche, OePlan, der uns als leitender Projektverfasser viele Fragen aus dem Stegreif beantworten konnte. Namentlich ist dieser Ingenieur auch die Schlüsselperson, die uns dabei helfen wird, einen möglichst hohen Anteil an Subventionen in Verhandlungen mit Kanton und Bundesfachstellen zu erreichen, wenn nämlich dann die Detailplanung erfolgt. Weiter sei auch unserem Abteilungsleiter Freizeit, Sport und Liegenschaften, Fabian Wilhelmsen, für sein Mitwirken gedankt. Beim Trio Daniel Bachofen, Fabian Wilhelmsen und Kenneth Dietsche dürfte es sich auch um die Kerngruppe für das Ausarbeiten der städtischen Botschaft gehandelt haben. Vielen Dank für diese Botschaft. Sie bildete eine gute Grundlage für die Kommissionsarbeit und für unsere jetzige Ratsarbeit.

Wir wollen und wollten den seit Jahren unterspülten und darum abgesperrten Betonuferstreifen von ca. 100 m in unserem Schwimmbad flicken, und es resultierte eine Botschaft mit Gesamtkosten von CHF 6.35 Mio. CHF 6.35 Mio. für das Flicker einer Mauer.

Der vorberatenden Kommission wurde schnell klar: Wegen der strengen Naturschutz- und Umweltgesetze, die wir uns in den letzten Jahrzehnten gegeben haben, sind Baubewilligungen am Seeufer nur zu erreichen, wenn diesen Naturschutz- und Umweltschutzgesetzen nachgelebt wird. Das hat Kosten zur Folge. Auf Deutsch heisst dies: Keine künstlichen Steilufer mehr, sondern Flachufer, wo die Wellen nicht abklatschen, sondern zerfliessen. Überlegen Sie sich, was das heissen wird für eine Sanierung der Seeufer zwischen Wöschplatz und Fliegerdenkmal. Das Land, das solche Flachufer benötigt, darf nicht zulasten des Sees gehen, sondern hat zulasten des an den See angrenzenden Lands zu gehen, d. h. konkret zulasten der Stadt, ausser wir böten in nächster Nähe einen Ausgleich. Das hatten wir bereits schon, nämlich beim Schlosshafen, der nur gebaut werden konnte, weil wir vom Metropol bis zur Aachmündung ein Naturschutzgebiet eingerichtet haben, auch dort mit einer künstlichen Vogelinsel.

Ein Flachufer ist für Schwimmer nichts Attraktives, weil man lange durch Steine und Kraut ins tiefe Wasser zu waten hat. Deshalb braucht es einen Badesteg, der ins Wasser hinausragt, damit es ein Seebad bleiben wird. Folge: Kein einfaches Flicker des Ufers, sondern massive Erdbewegungen. Es ist eine Gartenarbeit, die eine Naturlandschaft vortäuschen wird. Ja, es ist sogar ein Ausbaggern einer Bucht nördlich des Seeparks nötig, was CHF 5 Mio. kostet. Und ein Schwimmsteg à la Strandbad oder beispielsweise Wiedehorn, der etwa CHF 1 Mio. kostet.

Meine Fraktion schluckt diese Kosten von CHF 6.2 Mio., weil es gar nicht anders geht, Gesetz ist Gesetz, um endlich zu einem reparierten Seeufer im Bereich des Schwimmbads zu kommen. Ich hoffe, Sie haben keine Liegenschaft am See. So glücklich Sie sich schätzen können, wenn Sie da zu reparieren haben und solche Kosten haben, dann wird es teuer.

Ich habe meine Fraktion auch über die diversen Klippen aufgeklärt, um die namentlich du, Michael, uns als vorberatende Kommission herumzulotsen hattest. So etwa der geringe Detaillierungsplan, weil man möglichst schnell das ramponierte Betonufer im Schwimmbadareal repariert haben möchte und genauere Planung wohl mehr Kostensicherheit gebracht hätte, aber kaum weniger Kosten an sich. Deshalb versteht sich der Projektkredit auch mehr als Kostendach denn als Ausführungskredit. Sie haben sehr wohl bemerkt, er hat gesagt, entscheidend sei dann die Detailberatung für die Subventionierung. D. h., die Leute beim Kanton und beim Bund wollen mehr wissen als wir und die Stimmberechtigten.

Zu reden gab in der vorberatenden Kommission auch der Umfang der Subventionierung durch Bund und Kanton. Hier herrschen zwei Grundsätze. Der Kredit, den wir einzuholen haben, hat erstens der Bruttobausumme zu entsprechen, und zweitens, subventioniert wird nur, was dem Natur- und Gewässerschutz nützt. Je mehr Natur- und Gewässerschutz desto höher die Subventionsquote. Die vorberatende Kommission tendierte auf Letzteres, d. h. eine hohe Subventionsquote und auch höhere Kosten. Betreffend Subventionen: Wir hier in Arbon bezahlen sie in Form von Kantons- und Bundessteuern mit. So sicher wie wir hohe Subventionen für unsere Bauten am See haben wollen, so sicher wollen Hinterthurgauer und Bündner hohe Subventionen für ihre Bach- und Lawinenverbauungen haben. Also keine Illusion. Wir könnten alles auf Bund und Kanton abschieben. Das Pendel wird wieder zurückschlagen.

Entscheidungsfreiheit genoss die vorberatende Kommission eigentlich nur beim Badesteg und beim Winterfussweg. Ohne Badesteg wird meine Fraktion das Sanierungsprojekt nicht befürworten, dies unabhängig vom Subventionierungsgrad.

**Präsident Matthias Schawalder, SVP:** Riquet, ich bitte dich, zum Ende zu kommen.

**Riquet Heller, FDP/XMV:** Ich bin gleich fertig. Was den Winterfussweg vom Wöschplatz hinter dem Seeparksaal zum Badesteg und weiter zum Fussgängernetz nördlich von uns betrifft, ist sich meine Fraktion einig, dass formell im Sinn der vorberatenden Kommission zu entscheiden ist. Klar ist, dass die CHF 160'000.00 eigentlich ein Betrag sind, der in die Kompetenz des Stadtrats fallen würde. Weil der Weg 1988 in einer Volksabstimmung schon einmal abgelehnt worden ist und wir im Parlament im Januar 2021 auch ein Postulat abgelehnt haben, der Stadtrat aber darauf bestand, die Realisierung des Winterfusswegs nur als blosser Option zu realisieren, hat die vorberatende Kommission beschlossen, den Winterfussweg aus der Gesamtkreditsumme herauszulösen und die CHF 160'000.00 für den Weg formell separat abstimmen zu lassen. Meine Fraktion ist mit diesem Vorgehen einverstanden. Materiell herrschte allerdings gegen den Winterfussweg eine Pattsituation. Alles Weitere in der Detailberatung. Meine Fraktion empfiehlt Eintreten auf die Vorlage.

**Stadtpräsident René Walther, FDP:** Riquet, dein Votum suggeriert, es hätte einen zu geringen Detaillierungsgrad. Ich kann Ihnen aus Erfahrung aus verschiedenen Gewässerprojekten versichern, es hat genau den Detaillierungsgrad, den es braucht. Ich teile aber deine Meinung, das Team um Daniel Bachofen, Fabian Wilhelmsen und die Planer haben absolut professionell gearbeitet.

**Stadtrat Daniel Bachofen, SP:** Auch von meiner Seite und von der Seite des Stadtrats herzlichen Dank für die Kommissionsarbeit. Ich denke, die Kommission hat systematisch Licht auf ganz verschiedene Dimensionen des Projekts geworfen und eine sehr gute Arbeit geleistet. Der Stadtrat ist froh, dass das Eintreten unbestritten ist. Weiteres dann in der Detailberatung.

**Präsident Matthias Schawalder, SVP:** Ich stelle fest, dass das Eintreten unbestritten und somit beschlossen ist.

Materielle Beratung

**Michael Zwahlen, SP/Grüne, Präsident vorberatende Kommission:** Ich möchte jetzt den ersten Antrag der Kommission stellen. Der Antrag beinhaltet die Idee, dass die Vorlage gesplittet werden soll und der Winterfussweg gesondert zur Abstimmung gebracht wird. Das hat nichts mit dem Geldbetrag zu tun, wie Kollege Heller bereits betont hat, sondern es geht darum, dass es eine dritte Komponente des Projekts ist. Es hat die Komponente Nutzung für den Sommerbetrieb, für die Menschen, das ist ein attraktives Bild, das uns da erwartet. Es hat die Perspektive Ökologie, Ausgleichsmassnahmen, um möglichst die maximale Höhe der Subventionen zu erreichen. Der Winterfussweg ist eine dritte Komponente, und es wäre schade, wenn diese einzelnen Komponenten miteinander vermischt würden. Ich stelle mir vor, dass wir die Detailberatung entlang dieser beiden Ebenen gestalten können, dann halten wir das eine von dem anderen auseinander.

**Stadtrat Daniel Bachofen, SP:** Der Stadtrat steht auch hinter dem Antrag der Kommission, die beiden Themen zu trennen. Es hat sich in der Kommission schon gezeigt, dass wesentlich länger zum Thema Winterfussweg diskutiert werden kann als zu dem Projekt an sich. Daher ist sichtbar, dass es ein Politikum sein kann. Es ist wahrscheinlich sinnvoll, die beiden Themen zu trennen, um das Hauptprojekt, nämlich die Renaturierung politisch nicht zu gefährden. Der Stadtrat steht hinter dem Antrag und bittet Sie, zuzustimmen.

**Abstimmung**

Der Antrag der vorberatenden Kommission wird einstimmig angenommen.

**Judith Huber, Die Mitte/EVP:** Dass wir das Seeufer beim Schwimmbad so schnell wie möglich reparieren müssen, liegt auf der Hand. Das vorliegende Projekt für eine Sanierung beachtet die neuen Vorschriften des Kantons und des Bundes. Es überzeugt auf verschiedene Arten. Den Bedürfnissen der Bevölkerung und der Natur wird Rechnung getragen. Besonders gefällt uns die Kinderbucht mit der Steintreppe. Die Steinstufen bieten Sitzmöglichkeiten und sind zudem so gestaltet, dass es die Schwäne nicht auf die Liegewiese schaffen. Dadurch, dass zwischen den Steinen ein Abstand ist, können Kleintiere trotzdem passieren. Die Bühnen halten die grossen Wellen ab, und das Schilf auf der Ostseite schützt vor dem giftigen Ostwind. Das Ufer ist angenehm flach gestaltet, also ein idealer Spielplatz für Kinder.

Ein Anziehungspunkt ist natürlich der geplante Steg. Über diesen können Schwimmerinnen und Schwimmer schneller ins tiefe Wasser gelangen und einen Teil des Seegrases schon mal hinter sich lassen. Er hat nämlich eine Länge von 38 m, und weil er 3 m breit ist, bietet er ebenfalls viel Platz zum Sitzen und Geniessen. Neben dem Badesteg befindet sich eine behindertengerechte Rampe zum Seeufer. So ist gewährleistet, dass der Seezugang für alle möglich ist.

Die ökologische Aufwertung Richtung Seepark mit Lagune und vorgelagerter Insel bietet Schutz und etwas Ruhe für die Natur. Zudem bricht die Insel die Wellen, sodass die Badebucht besser geschützt ist und das Kies am Ufer nicht weggespült wird.

Erwähnen möchten wir noch, dass ursprünglich kein Winterweg geplant war. Eine Erlaubnis von Bund und Kanton, die Folgekosten im Winterhalbjahr und der Schutz der Natur in dieser Zeit mussten zusätzlich abgeklärt werden.

Wir haben ein gut durchdachtes Projekt vor uns, welches wir trotz hohen Kosten mit gutem Gewissen annehmen können. Die Fraktion Die Mitte/EVP stellt einstimmig den Antrag, den Kredit für die Seeuferrevitalisierung Schwimmbad und Seepark anzunehmen.

**Chiara Eugster, SP/Grüne:** Auch die Fraktion SP/Grüne spricht sich einstimmig für die Seeuferrevitalisierung beim Schwimmbad und Seepark aus. Dieses Projekt ist ein Gewinn auf mehreren Ebenen. Für die Menschen in Arbon und Auswärtige ebenso wie für unsere Natur. Mit der geplanten Aufwertung entsteht ein attraktiver, lebendiger Ort der Begegnung, der Erholung und der Bewegung. Das Schwimmbad, die Badi, einer der Leuchttürme unserer Stadt, muss ohnehin saniert werden. Es ist sinn- und verantwortungsvoll und ausserdem Vorgabe aus übergeordnetem Recht, diese Sanierung mit einer ökologischen Aufwertung zu verbinden. Naturnahe Insel, mehr Biodiversität und eine bessere Vernetzung von Lebensräumen sind nicht nur wünschenswert, sondern angesichts des fortschreitenden Biodiversitätsverlusts dringend notwendig.

Ebenso wichtig ist uns, dass der Zugang zum Wasser für alle Menschen möglich wird. Mit der Revitalisierung und den verschiedenen Bestandteilen dieses Projekts bietet sich die Chance, einen barrierefreien Seezugang zu schaffen. Ein solcher Zugang ermöglicht auch Menschen mit eingeschränkter Mobilität, das Wasser sicher und selbstständig zu nutzen.

Auch finanziell ist das Projekt tragbar. Dank der Subventionen des Kantons reduziert sich die effektive Belastung für die Stadt Arbon auf rund CHF 2.5 Mio. Für ein Projekt dieser Tragweite und mit diesem Mehrwert ist das eine sehr gute Investition in die Zukunft unserer Stadt.

Wir sind überzeugt, dieses Projekt verbindet Lebensqualität, Umweltverantwortung und eine nachhaltige Stadtentwicklung in vorbildlicher Weise. Ergänzend möchten wir betonen, die Badi ist nun bereits seit vier Jahren eine Baustelle. Das unterstreicht die Dringlichkeit dieses Geschäfts. Es ist Zeit, vorwärtszumachen und eine nachhaltige Lösung umzusetzen. Zudem würden wir es sehr begrüßen, wenn sich ein Pro-Komitee bildet, welches dieses wichtige Projekt aktiv unterstützt und in der Bevölkerung verankert. Und schliesslich: Diese Investition ist nicht nur für heute gedacht, sie ermöglicht es uns hoffentlich, die nächsten 40 bis 50 Jahre ein aufgewertetes, lebendiges Seeufer zu geniessen. Die Fraktion SP/Grüne bittet Sie deshalb, dem Kredit zuzustimmen.

**Riquet Heller, FDP/XMV:** Ich frage Sie an, ob es nun an der Zeit ist, darüber zu diskutieren, Winterfussweg ja oder nein. – Aus Ihrem Schweigen entnehme ich, dass es so ist und dass wir nicht strukturieren, sondern jetzt auch über den Seeuferfussweg sprechen. Immer noch Hauptprojekt? Dann bin ich am falschen Platz.

**Stadtrat Daniel Bachofen, SP:** Es ist wirklich so, dass der Uferbereich in der Badi seit 2022 gesperrt ist und die Problemzone jedes Jahr ein bisschen grösser wird. Insofern ist das Projekt tatsächlich dringend. Ein Eins-zu-eins-Ersatz ist nicht möglich, es besteht die gesetzliche Verpflichtung zu renaturieren. Das Projekt bietet wesentlichen Mehrwert, und zwar auf verschiedenen Ebenen. Einerseits für die Badegäste im Allgemeinen, weil das Ufer dann wieder voll zugänglich ist, weil neue Sitzgelegenheiten da sind, weil ein Steg da ist, bei dem man auch bei Niedrigwasser sinnvoll schwimmen kann. Für die Kinder eröffnen sich ganz neue Spielwelten. Das Seeufer ist naturnah, man kann viel mehr an Natur entdecken. Ich würde mich freuen, wenn meine Kinder da spielen könnten, aber die sind schon ein bisschen älter. Vielleicht werden es dann mal irgendwann in der Zukunft die Grosskinder.

Für Personen mit Mobilitätseinschränkungen gibt es einen hindernisfreien Zugang, den wir in Arbon bis jetzt nicht haben. Und letztendlich gewinnt die Natur mit mehr Artenvielfalt, mehr Rückzugsräumen, besserer Vernetzung zwischen verschiedenen, bereits bestehenden Naturschutzgebieten.

Durch Subventionen von voraussichtlich 80 Prozent bei den subventionsberechtigten Anteilen ist die Stadt auch von der Kostenseite her gut aufgehoben. Insofern ist es auch kein Wunder, dass das Projekt in der Bevölkerung viel Unterstützung erfährt, aber auch bei Naturverbänden.

Zum Steg: Ziel war es eigentlich, den Steg als Besucherlenkungsmassnahme ebenfalls unter die subventionsberechtigten Massnahmen zu bekommen. Aktuell müssen wir leider davon ausgehen, dass der Kanton oder der Bund das anders sehen und der Steg dann von der Stadt bezahlt werden muss. Grundsätzlich bin ich einverstanden, der Steg wertet die Badi wesentlich auf und ist ein wichtiger Teil dieses Projekts. Ich bitte Sie deshalb, am Steg nicht herumzuschrauben.

Im Winterweg, ich nehme das vorweg, sieht der Stadtrat einen gewissen Mehrwert. Gerade in der Winterzeit ist in Arbon touristisch wenig los, daher könnte es für den Seeparksaal, aber auch für die Badi eine Chance sein, hier etwas mehr zu machen.

**Aurelio Petti, Die Mitte/EVP:** Um etwas Struktur in die Diskussion zu bringen, schlage ich vor, dass wir jetzt über das Kernprojekt, also über die CHF 6'190'000.00 reden und dieses abschliessen und erst dann die Diskussion über den Winterweg angehen. Wie bereits gesagt wurde und wie ich auch spüre, wurde das Thema Winterweg auch in der Kommission überdimensioniert diskutiert und dafür viel Zeit aufgewendet. Ich finde, wir sollten respektvoll mit dem eigentlichen Projekt umgehen, um das es heute Abend hauptsächlich geht. Anschliessend sprechen wir dann über den Winterwanderweg.

**Präsident Matthias Schawalder, SVP:** Wir können in der Detailberatung die Themen grundsätzlich trennen, um da ein bisschen mehr Struktur hineinzubringen, aber die Abstimmung machen wir am Schluss der Diskussion über beide Geschäfte.

**Markus Kühne, Die Mitte/EVP:** Es ist schön zu hören, dass eine grosse Mehrheit diesem wichtigen Projekt für Arbon positiv gegenübersteht. Fakt ist aber auch, dass ein Kredit über CHF 6.3 Mio. zur Abstimmung steht. Wir bekommen zwar Subventionen, aber wir haben es gerade gehört, leider nicht für den Steg, der etwa CHF 1 Mio. kostet. Darüber haben wir in der Fraktion Die Mitte/EVP uns Gedanken gemacht und möchten euch den folgenden Antrag unterbreiten.

Es geht um die Finanzierung dieses 40 m langen Stegs. In der ursprünglichen Annahme ging der Stadtrat davon aus, dass ein grosser Teil davon subventioniert wird. Scheinbar ist das jetzt nicht mehr der Fall, weshalb wir uns über die Finanzierung Gedanken gemacht haben. Wir denken, dass dieser Steg für das gesamte Projekt eine gewisse Wichtigkeit hat. Wir sind überzeugt, dass eine Finanzierung über Drittmittel ein gewisses Potenzial hat. Vor diesem Hintergrund stellen wir folgenden Antrag:

Der Stadtrat wird beauftragt, die Finanzierung des Badestegs primär über Drittmittel, sei es Fördermittel oder Sponsoring sicherzustellen, sodass möglichst keine zusätzlichen Kosten für die Steuerzahlerin und den Steuerzahler der Stadt Arbon entstehen.

Begründung: Wir glauben, es ist ein sehr attraktives und identitätsstiftendes Element des Gesamtprojekts, welches auch über eine hohe Strahlkraft verfügt. Man sieht das auch bei anderen solchen Stegen. Ich nehme an, ihr kennt alle den Steg in Wiedehorn. Dieser wurde von der Rai-

ffeißen finanziert. Auch ein geplantes Projekt aus den Fördermitteln des TKB-Börsengangs, nämlich der Pier in Romanshorn wird durch Fördermittel finanziert. Deshalb sind wir überzeugt, dass ein solcher Steg das Potenzial hat, durch Drittmittel finanziert zu werden. Entsprechend glauben wir, dass es sinnvoll ist, wenn wir als Stadt Arbon versuchen, die Finanzierung des Stegs über diese Drittmittel zu erreichen. Entsprechend möchten wir euch bitten, diesen Antrag anzunehmen.

**José Franco, SP/Grüne:** Was passiert, wenn wir das nicht privat finanzieren können? Wer bezahlt dann den Steg?

**Aurelio Petti, Die Mitte/EVP:** Die Fraktion Die Mitte/EVP unterstützt selbstverständlich das Gesamtprojekt. Der Badesteg ist ein fundamentales Element des Projekts. Er ist attraktiv, was hier wohl gar nicht bestritten ist.

Ich denke, wir müssen langfristig sorgfältig mit dem Geld umgehen. Wir wollen in den nächsten Jahren viel Geld investieren, daher ist es aus unserer Sicht zwingend, wie bei allen anderen Projekten auch, so zum Beispiel beim Fussballplatz Stacherholz, wo wir ziemlich intensiv den Hauptnutznießer, nämlich den Fussballklub Arbon darauf gedrängt haben, eigene Mittel zu beschaffen. Ich finde, in diesem Sinn ist es auch gegenüber den Steuerzahlern fair, die vielleicht die Badi weniger nutzen, damit sie wissen, dass wir alles daran setzen, diesen Teil über Drittmittel zu finanzieren. Letztlich berappen wir das alle miteinander. Wichtig ist auch, dass in der Botschaft darauf hingewiesen wird, wie viel Geld wir als Steuerzahler effektiv selber aufwenden müssen. Von dem her ist es absolut zwingend. Ich bitte Sie, den Antrag anzunehmen. Es ist ein klarer Auftrag an den Stadtrat, die Finanzierung so sicherzustellen. Wir sind überzeugt davon, dass es Sponsoren gibt. Am Ende des Tages will der Steuerzahler auch wissen, dass wir mit dem Geld haushälterisch umgehen.

**Corinne Straub, SVP:** Im Namen der SVP bitte ich Sie, den Antrag der Fraktion Die Mitte/EVP abzulehnen. So verlockend eine Finanzspritze aus einer Drittfinanzierung auch klingen mag, so verzögert dieser Antrag die dringend nötige Sanierung und Revitalisierung des Uferabschnitts. Ich bitte Sie, das Projekt so zu lassen, wie wir es jetzt geplant haben.

**Michael Zwahlen, SP/Grüne, Präsident vorberatende Kommission:** Als Präsident der vorberatenden Kommission kann ich zu diesem Antrag inhaltlich keine Stellung nehmen, weil er erst nach der Beratung in der Kommission eingegangen ist. Aber ich möchte gerne darauf hinweisen, dass die Kosten für den Steg nach der Beratung CHF 665'000.00 exkl. Mehrwertsteuer betragen und nicht CHF 1 Mio. In diesem Posten sind noch andere Punkte enthalten. Die Kosten für den Steg sind offenbar kleiner, als die Fraktion Die Mitte/EVP kolportiert.

**Stadtrat Daniel Bachofen, SP:** Ich habe das mit dem Planer abgesprochen. Die Kosten für den Steg belaufen sich auf etwa CHF 750'000.00. In der Kostenaufstellung, die Sie erhalten haben, ist nicht genau ersichtlich, wie viel für den Steg ist. Zwischen dem Steg und der Rampe bestehen wesentliche Synergien. Wenn man den Steg nicht bauen würde, könnte man nicht CHF 750'000.00 einsparen, sondern allenfalls etwa CHF 500'000.00. Das ist immer noch ein wesentlicher Betrag, deshalb kann ich den Antrag der Fraktion Die Mitte/EVP verstehen. Ich möchte aber noch bitten zu klären, wie der Antrag zu verstehen ist. Ich in meinem Verständnis würde ihn so verstehen, dass der Stadtrat sich bemüht, Sponsoringgelder aufzutreiben, vielleicht ein Crowdfunding zu starten und damit auf die gleiche Art wie mit den Subventionsbeiträgen das Projekt zu entlasten. D. h., der Kredit, über den wir heute Abend abstimmen und über den auch die Bevölkerung abstimmen würde, wäre gleich wie in der Botschaft resp. wie nach dem Antrag der Kommission. Das würde auch bedeuten, dass der Betrag, der bei der Stadt verbleibt, je nach der Höhe der aufgetriebenen Sponsoringgelder unterschiedlich wäre. In diesem Sinn kann der Stadtrat dem Antrag zustimmen, weil er dann nämlich auch das Projekt nicht verzögern würde. Wenn er so gemeint ist, dass man den Kredit um diese CHF 750'000.00 kürzen muss und dann nur umsetzen kann, wenn dieser Betrag in Form von Sponsoringgeldern vorhanden ist, würde der Stadtrat den Antrag ablehnen. Ich bitte um Klärung.

**Markus Kühne, Die Mitte/EVP:** Wir verstehen es so, wie du es erwähnt hast. Es soll eine Bemühung da sein, wo wir überzeugt sind, dass da ein beträchtlicher Betrag zustandekommt. Entsprechend ist unser Antrag so gemeint, wie Stadtrat Daniel Bachofen es gerade erklärt hat. Wir stimmen über den gesamten Kredit ab, wir geben einfach dem Stadtrat den Auftrag, dass er sich stark bemühen soll, Sponsoringgelder zu generieren. Aber wenn das Sponsoring nicht vollständig gelingt, bedeutet das nicht, dass der Badesteg nicht gebaut werden soll. Der Antrag ist so gemeint und deshalb auch so formuliert.

**Corinne Straub, SVP:** Danke für die Erklärungen. In diesem Fall können wir diesem Antrag zustimmen.

**Riquet Heller, FDP/XMV:** Ich stimme den Überlegungen der Vorredner zu. Dann ist aber beim Begriff «zusätzliche Kosten» das Wort «zusätzlich» überflüssig. Es müsste dann heissen, dass keine Kosten für den Steuerzahler der Stadt Arbon für den Steg entstehen. Die Kosten decken wir mit den Steuergeldern, hoffen aber, dass wir Subventionen von unseren Mitbürgern und sonstigen Leuten bekommen. Demzufolge Streichung des Worts «zusätzlich».

**Präsident Matthias Schawalder, SVP:** Wirst du deinen Antrag gemäss Ausführungen von Riquet Heller abändern? – Der Antrag wird entsprechend geändert.

**Kurt Boos, SVP:** Wenn wir schon beim Korrigieren der Satzstellungen und Wörter sind, dann bitte auch den Totalbetrag um den Winterfussweg reduzieren. Dann sprechen wir nicht über CHF 6.35 Mio., sondern nur über den Hauptanteil. Sehe ich das richtig? – Keine Änderung, da Traktandumstitel.

**Stadtrat Daniel Bachofen, SP:** Mir wurde gerade mitgeteilt, der erste Franken an Spenden ist bereits eingetroffen. Stadtrat Dieter Feuerle hat sich mit einem Franken am Sponsoring beteiligt.

### **Abstimmung**

Der Antrag der Fraktion Die Mitte/EVP wird einstimmig angenommen.

**Präsident Matthias Schawalder, SVP:** Gibt es weitere Wortmeldungen zum Hauptantrag der Seeuferrevitalisierung? – Somit eröffne ich die Diskussion über den Antrag zum Winterfussweg.

**Judith Huber, Die Mitte/EVP:** Ich möchte mit einem Zitat aus der Thurgauer Zeitung von Dr. Bauer, Ornithologe an der Universität Konstanz, beginnen. «Vier Millionen Menschen leben am Bodensee. Ein riesiger Ballungsraum, dem es an störungsfreien Zonen fehlt.»

Die Schwimmbadwiese war bis jetzt eine solche störungsfreie Zone für Wintergäste. Besonders die Pfeifenten wissen das und grasen regelmässig auf dieser Wiese. Diese Entenart hat sich auf Gras spezialisiert. Um genug Energie für das Überleben zu haben, brauchen sie viel Nahrung und viel Ruhe beim Grasens. Sie sind scheu und lassen sich schnell von Spaziergängern und Hunden vertreiben. Das sollte nicht zu oft passieren, sonst verlieren sie zu viel Energie. Wenn diese Entenart die Schwimmbadwiese nicht mehr als Ruheort zur Verfügung hat, wird sie vermutlich nicht mehr zur Arboner Bucht kommen.

Zum Nahrungsangebot für Vögel am Bodensee stellt Dr. Bauer allgemein fest: «Wir haben massiv weniger Nahrung übrig und verlieren deswegen häufige Vogelarten.» Wollen wir diese Entenart auch noch verlieren? Es wird immer stiller am Bodensee. Wir haben jetzt schon weniger Wintergäste als noch vor wenigen Jahren. Wollen wir, dass es noch stiller wird am Bodensee?

Auch andere Tier- und Vogelarten wissen, wo ruhige Zonen sind und nutzen diese bei uns regelmässig. Lassen wir die Wiese den Wintergästen. Wir haben noch viel Platz am See. Zudem können wir doch recht Kosten sparen, wenn im Winter das Schwimmbad geschlossen ist. Deshalb meine Bitte, stimmen Sie Nein zum Winterweg.

**Ulrich Nägeli, SVP:** Ich erkenne den Nutzen eigentlich nicht so richtig, wie es auch Judith Huber gesagt hat. Arbonerinnen und Arboner können von Wiedehorn bis nach Steinach marschieren und sind permanent am Ufer. Wir haben hier noch eine Ruhezone für Tiere im Winter. Und jetzt

wollen wir Menschen uns alles erlauben und denken, wir können alles übernehmen und wollen durch diese Ruhezone auch noch einen Weg machen. Diese 300 m für CHF 160'000.00 finde ich absolut übertrieben, denn die paar wenigen, die da laufen würden, können auch den Umweg nehmen. Dann laufen sie 400 m und 95 Prozent am Ufer. Daher denke ich, im Verhältnis ist das ein bisschen unglücklich. Es wurde gesagt, die Leute kommen dann besser zum Seepark, aber das kann man auch anders lösen. Ich denke, man sollte sich drei Mal überlegen, ob man diesen Weg so nahe am Ufer durchziehen und damit auch eine Lärmbelästigung aufziehen will. Es geht um die Winterruhe für diese Tiere. Wir sollten uns nicht alles erlauben, wir müssen auch Rücksicht nehmen.

**Aurelio Petti, Die Mitte/EVP:** Ich bitte Sie, dem Antrag von Judith Huber zuzustimmen. Sie haben die Argumente gehört, dazu möchte ich noch weitere Erklärungen abgeben. Einerseits sprechen wir über CHF 160'000.00. Das ist nicht nichts, das ist viel Geld. Und wofür? Wir in diesem Parlament und das Volk haben eigentlich mehrmals gesagt, wir wollen und brauchen das nicht. Hinzu kommt, was wir vielleicht hier nicht thematisiert haben, Sie kennen das Litteringproblem in Arbon. Wollen wir das im Winter auch noch haben? Wollen wir der Natur diesen Raum nicht geben? Das kann es wohl nicht sein. Wollen wir für einen ganz kleinen Umweg so viel Aufwand betreiben und dazu noch den Ärger im Winter bekommen? Das muss wirklich nicht sein. Ich würde auch am liebsten überall direkt am See entlangspazieren, auch im Winter, aber das ist wirklich nicht nötig. Ich bin auch sehr dankbar dafür, dass wir diese Debatte separat führen und hoffe, Sie stimmen dem Antrag von Judith Huber zu. Er macht Sinn, es ist korrekt, und geben wir doch bitte der Natur und den Tieren ein bisschen Raum und Ruhe. Das kommt auch uns und unserer Lebensqualität hier in Arbon zugute.

**Reto Gmür, BFA:** Konsequenterweise müsste man das Strandbad dann im Winter auch öffnen, wenn wir da einen Weg durchführen. Und auch den Campingplatz. Das wäre dann das nächste. Hinzu kommt, dass es in den Bassins auch im Winter Wasser hat und es gefährlich wird, wenn wir das unbeaufsichtigt lassen und diesen Winterweg dort durchführen. Wir können uns alle vorstellen, dass es da auch mal eine Party geben kann. Es ist Unsinn, so einen Winterweg kann ich mir nicht vorstellen. Darum auch von mir ein klares Nein.

**Riquet Heller, FDP/XMV:** Ich habe es vorausgesehen. Unbestritten sind CHF 6.2 Mio., und wir streiten uns jetzt um CHF 160'000.00. Das ist der Hauptpunkt, alles andere ist ja gegeben, weil wir da durch die Gesetze eingezwängt sind. Den Steg haben wir auch abgehandelt. Da möchten wir mit Sponsoring etwas erreichen. Wir bewilligen ihn aber auch. Es geht nun nur noch um den Winterweg. Ich führe Ihnen vier Gründe für den Winterweg an.

1. Die gesetzliche Lage: Es gibt nicht nur Natur- und Umweltschutzgesetze. Es gibt auch ein Gesetz, das Menschen Recht gibt. Ein solches Gesetz ist das Gesetz über die öffentliche Zugänglichkeit der Ufer vom 25. April 1983 – immer noch in Kraft. In § 1 dieses Gesetzes lautet der Zweck «Kanton und Gemeinden fördern die Anlage von Uferwegen.» Also auch die Stadt Arbon. Fördern und nicht nicht-fördern. Bitte sorgen Sie mit den Stimmberechtigten für den Vollzug aller Gesetze und nicht nur selektiv von Umweltschutzgesetzen. Das Gesetz über die öffentliche Zugänglichkeit der Ufer ist Umweltschutzgesetzen gleichgestellt und kein Gesetz zweiter Klasse, das einfach ignoriert werden kann.
2. Die öffentliche Nutzung des Raums am See: Die Stadt unternimmt vieles, um den öffentlichen Raum am See zu aktivieren. Wirtschaften, Verkaufsbuden, Feste werden bewilligt, Filme werden gezeigt, Public Viewing wird gemacht. Die Mehrheit dieser Aktivitäten findet im Sommerhalbjahr statt, und dummerweise gehen alle diese Anlässe mit Mobilbauten in der Freihaltezone am See einher, wo Gewerbliches und Bauliches nichts zu suchen hat. Diese Zone ist vielmehr freizuhalten, wie es der Name Freihaltezone eigentlich sagt. Mit dem Winterweg kann die Stadt eine Aktivierung lancieren, dies ohne mobile Bauten und ohne Gewerbstätigkeit. Also keine Probleme mit einer nicht bewilligten Tourismuszone oder mit dem Wirt des Hotels Rotes Kreuz, der ständig ähnlich bauen will wie die Stadt in der Freihaltezone. Ein Winterfussweg ist absolut zonenkonform. Das Schwimmbadareal liegt nämlich in einer Bauzone für öffentliche Anlagen und Bauten. Hier darf gebaut werden. Auf den Quaianlagen sonst eigentlich nicht. Insbesondere ein Weg und ein Steg ist absolut zonenkonform.

In der Freihaltezone ist auch auf die Natur Rücksicht zu nehmen. Dort hat die Pfeifente allenfalls ihren Platz. Aber Freihaltezone ist von Wöschplatz bis zum Hafen und nicht im Schwimmbadareal. Dort ist eine Bauzone, ähnlich wie für Schulhäuser oder Sportplätze. Sollen doch auch Pfeifenten und Brachvögel Vortritt haben. Zudem führt der Winterfussweg im Schwimmbad zu einem Steg auf den See hinaus. Dieser wird im Winter Fussgänger als Aussichtspunkt anziehen. Die Mitte hat Recht mit ihrem Betonen der Strahlkraft dieses Stegs, aber bitte nicht nur im Sommer, sondern auch im Winter. Zudem ist uns allen klar: Ein zusammenhängender Weg ist wertvoll. Wenn ein Stück von 300 m dazwischen fehlt, machen namentlich Auswärtige keinen Umweg. Die verstehen das nicht, die wollen dem Gewässer entlanglaufen.

Der Winterweg ist das ideale und problemlose Belebungselement für unseren öffentlichen Raum am See. Wir wollen, dass das Schwimmbadgelände mit CHF 5 Mio. zum Naturgelände umgestaltet wird, sowie den attraktiven Badesteg, der CHF 1 Mio. kosten wird, nicht nur im Sommer, sondern auch im Winter geniessen. Oder ist das dann auch Naturschutzgebiet, obwohl wir CHF 5 Mio. in dieses Gelände investieren und einen Steg für CHF 1 Mio. bauen?

3. Dann zur Gefahr betreffend die Schwimmbecken und die Üblichkeit: Es stimmt, die Becken sind im Winter gefüllt mit Wasser. Ich bitte dazu den Parlamentssekretär, das Bild 1 zu zeigen. Es zeigt das Schwimmbad, wie es sich jetzt präsentiert. Die Becken sind ganzjährig mit Wasser gefüllt, von einer Überlaufrinne umringt, und die Brüstung ragt 30 cm aus dem Boden. Sie kennen das alle. In solche Becken fällt niemand hinein. Der muss hineinspringen. Und relativ schnell findet er wieder den Beckenrand und die Ausstiegsmöglichkeiten. Schlussfolgerung: Die Unfallgefahr bzw. Verletzungsgefahr ist klein.

Wie wird diese Gefahr von Schwimmbecken und Sprungtürmen und Rutschen andernorts gebannt? Ich bitte um das erste Bild aus dem Schwimmbad Romanshorn. Sie sehen hier den Weg, der sich in Romanshorn entlang dem See präsentiert. Sie sehen auch das entsprechende Gitter. Es ist nicht 1.80 m hoch, sondern nur mannshoch. Auf dem nächsten Bild sind die Zaunelemente zu sehen. Sie sind mit Rohren in den Boden gesteckt. Keine weitere Sicherung. Das ist das, was sich in Romanshorn seit Jahrzehnten bewährt und als genügend beurteilt wird. In Romanshorn spricht niemand mehr über den Winterfussweg. Er ist dort eine Selbstverständlichkeit. Romanshornerninnen und Romanshornern wundern sich, warum wir in Arbon über den Winterweg dermassen viel diskutieren.

Das nächste Bild zeigt das Eingangstor zur Badeanstalt Horn von Westen her. Der Ausgang zur Hauptstrasse im Osten befindet sich zwischen dem neuen Garderobentrakt, den die Gemeinde soeben gebaut hat, und dem Thai-Restaurant. Problemlos und keine Diskussionen in der Gemeinde Horn.

Das nächste Bild zeigt das Schwimmbad Rorschach mit dem neuen Winterfussweg. Anfänglich waren die Schwimmbecken mit einem blossen orangen Weidezaun, wie man es für Schafe hat, gesichert. Dann mit in Betonsockel gesteckten, mannshohen Baustellenabschrankungselementen. Die sind 1.80 m hoch und werden in Betonsockel gesteckt. Klar ist, dass die Abschrankung dem Weg zu folgen hat und nicht um die Bassins zu ziehen ist. So haben die städtischen Angestellten für Unterhaltsarbeiten freien Zugang zu den Bassins, währenddessen am See entlang bereits eifrig spaziert werden kann. Die Badeanstalt ist fünf Monate offen, der Winterweg etwa sechs. Ein Monat für die Übergangszeit.

Die Führung des Winterfusswegs ist ebenso klar vom Wöschplatz hinter dem Seeclubgebäude zum Badesteg und von dort weiter ins Spazierwegnetz hier vor uns. Das Revitalisierungsprojekt sieht Wege für Badegäste von links und rechts zum Badesteg vor. Sie haben auf den entsprechenden Plänen des Ingenieurs gesehen, dass da bereits Wege geplant sind. Grund: So müssen Badegäste nicht durch das Meer von ausgelegten Handtüchern tänzeln, um zum Steg zu gelangen. Ich gehe davon aus, dass diese Badegästewege im Winter als Spazierwege herangezogen werden. Mit einem Winterfussweg dem See entlang erreichen wir das, was in der Schweiz üblich ist.

Ich war kürzlich in Lausanne und habe am See spaziert. Dort findet man den Wegweiser, dass im Winter entlang dem See spaziert werden kann, nämlich von September bis April und sonst obendurch. Das entspricht auch den Verhältnissen, die sie zum Beispiel in Zürich antreffen. Im Tiefenbrunnenareal ist es genauso geregelt.

4. Die Finanzen: In der Volksabstimmung im Jahr 1988 und gegen das Postulat vom November 2020 waren die Kosten das Killerargument. Neu steht fest, dass die Erstellung des Winterfusswegs im Rahmen der Erdbewegungsarbeiten, die das Revitalisierungsprojekt auslöst, bloss CHF 160'000.00 kosten wird. Von CHF 6.35 Mio. sind das 2.5 Prozent, auf Deutsch ein Wimpernschlag. Zudem schlummern in Frauenfeld im Fonds des Gesetzes über die öffentliche Zugänglichkeit der Ufer CHF 3 Mio. seit Jahren unberührt. Sie wissen, wer Chef über diesen Fonds ist, das ist unser ehemaliger Stadtpräsident Diezi. Vielleicht gibt es doch noch einige Franken an diese CHF 160'000, falls wir die benötigen.

Zum laufenden Unterhalt: Der Zaun entlang dem Winterfussweg ist jährlich am Bettag aufzustellen und Ende April wieder abzubrechen. Das gibt Arbeit. Sodann ist entlang dem Winterweg wie in übrigen Quaianlagen auch zu fetzeln und sind die Abfallkübel zu leeren.

Am 26. Januar 2021 hat hier in diesem Saal Stadtrat Jörg Zimmermann ein Winterfusswegpostulat wie folgt gebodigt: «Obschon der Stadtrat die Idee eines Winterwegs als sehr interessant ansah, kam er bei näherer Prüfung zur Überzeugung, dass Kosten und Ertrag in keinem Verhältnis stehen. Die Postulanten schreiben, die Kosten seien nicht sehr hoch. Ganz genau belaufen sich die Fixkosten auf etwa CHF 110'000.00 und die wiederkehrenden Kosten auf CHF 100'000.00 pro Jahr.» Stadtrat Zimmermann hat die Fixkosten recht genau eingeschätzt. CHF 110'000.00 waren es damals, jetzt sind es CHF 160'000.00. Die wiederkehrenden Kosten berechnet Bauamtschef Manser aktuell auf jährlich CHF 3'000.00 bis CHF 4'000.00, also etwa 20 Mal weniger als von Stadtrat Zimmermann 2021 ganz genau geschätzt.

So geht es doch nicht. Wenn man gegen den Winterweg sein will, dann bitte mit besseren Argumenten. Das Kostenproblem betreffend Winterfussweg ist inexistent. Weder von den Erstellungskosten noch von den laufenden Unterhaltskosten her. Vielleicht noch eine Vergleichszahl: Das Schwimmbad verursacht uns bei Erheben von Eintritt und Schliessung in der Nacht jährlich ein Defizit von etwa CHF 350'000.00. Und CHF 3'000.00 bis CHF 4'000.00 sollen für die Spaziergänger vor der Badeanstalt im Winter zu viel sein! Da stimmt doch etwas nicht.

Freuen wir uns doch auf einen preisgünstigen, wunderschönen und sicheren Winterfussweg durch das Schwimmbadareal. Ich empfehle Ihnen lebhaft, dass Sie den Stimmberechtigten ein Ja empfehlen und ebenfalls eine entsprechende Vorlage zuhanden der Stimmberechtigten ausarbeiten.

**Ulrich Nägeli, SVP:** Ich finde es unwahrscheinlich, wie viel Zeit sich einige Personen herausnehmen und ganze Diashows zeigen. Man sollte sich eigentlich kurz halten, damit andere Leute auch noch zum Diskutieren kommen.

Wir alle wollen dieses Projekt. Nun können die Bürger entscheiden, ob sie vielleicht einmal ein bisschen zurückstehen wollen. Das Gesetz sagt zwar, wir dürfen, aber man kann es ja auch lassen und dieses Gebiet schonen. Deshalb stellt sich die Frage, ob wir die Stimmbürger über beides abstimmen lassen wollen. Dabei kommt ganz klar heraus, was die Bürger haben wollen und wie viel sie für was bezahlen wollen. Und wir müssen uns nicht weitere Diashows über Lausanne und andere Orte anschauen. Wir sprechen über Arbon.

**Aurelio Petti, Die Mitte/EVP:** 13 Minuten und 24 Sekunden dauerte das Votum von Riquet Heller. Entschuldige Riquet, ich mag das nicht mehr. Das geht einfach nicht, du gehst schlicht nicht respektvoll mit der Zeit und mit den Parlamentarierinnen und Parlamentariern um. Selbstverständlich soll die Redefreiheit nicht eingeschränkt werden, aber es ist wirklich anstrengend. Du verpackst in deinen Voten so viele Dinge, die schlicht nicht stimmen oder falsch sind oder in die Irre führen. Punkt 1 Foto Horn: Wo hat es in Horn ein Schwimmbad? Gibt es in Horn eine grosse Badefläche mit einem Schwimmbad? Ich weiss es nicht, ich kann es nicht sagen. Aber ganz konkret, um was geht es eigentlich hier?

Du hast dich bei der Abstimmung zum Schloss wahnsinnig stark gemacht für die Vögel, und hier soll das nicht gelten? Geben wir doch den Enten und der ganzen Natur ein bisschen Raum. Nochmals 300 m Umweg. In deinem Votum suggerierst du, dass die Stadt hier ein nicht rechts konformes Projekt präsentiert, weil sie es unterlassen hat, einen Seeradweg zu präsentieren. Das hast du vorhin gesagt, so habe ich es verstanden. Du hast gesagt, nach öffentlichem Recht müsste der Seezugang gewährleistet werden, und der Stadtrat hat das offenbar nicht gemacht. Ich finde, wir sollten uns kurzhalten und uns an die Fakten halten. Wir können darüber abstimmen,

und ich bin auch dankbar dafür, aber bitte geben Sie dem Volk jetzt ein Zeichen und lehnt diesen Antrag ab.

**Christoph Seitler, FDP/XMV:** Ich fühle mich erstens ein bisschen diskriminiert. Ich bin Nichtschwimmer, ich saufe ab, wenn ich ins Wasser gehe. Ich bin also auch kein Besucher des Schwimmbads. Ich kann leider deshalb auch nicht diesen gloriosen Steg besuchen, der so eine unglaubliche Ausstrahlung hat. Und als Steuerzahler werde ich noch verpflichtet, für diese wunderschöne Steganlage und was auch sonst noch dahinter ist zu zahlen. Ich wünsche als Nichtschwimmer einen Gratiszugang zu diesem Steg. Ich finde auch, dass Riquet Heller sehr gut aufgezeigt hat, was für andere Vorteile so ein Steg hat, und ich bin dagegen, dass in einer Bauzone Grasenten geschützt werden.

**Markus Kühne, Die Mitte/EVP:** Wir haben ja diese beiden Geschäfte auseinandergenommen. Wenn wir Nein sagen zum Weg durch die Badi, heisst das, dass die Bevölkerung nicht mehr darüber abstimmen kann? Oder heisst das, wir sagen zwar Nein, aber die Vorlage geht trotzdem vors Volk? Ich finde, das soll die Bevölkerung entscheiden können, bin jetzt aber unsicher, was passiert, wenn wir jetzt Nein sagen. Ich kann mir vorstellen, ich bin nicht der einzige, deshalb wäre ich froh um eine Aufklärung.

**Präsident Matthias Schawalder, SVP:** Bei unserer Abstimmung geht es darum, was wir dem Stimmvolk empfehlen.

**Michael Zwahlen, SP/Grüne:** Weg Ja oder Nein, Natur ja oder nein, Mensch ja oder nein? Ich bitte Sie, frei von persönlichen Empfindungen zu diskutieren, unabhängig von Meinungen anderer Parlamentsmitglieder und Animositäten. Das ist eine Sachvorlage. Es geht um die Frage, ob dieser Seeuferabschnitt beim Schwimmbad auch im Winter der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen soll oder nicht. Wir haben verschiedene Gründe gehört, die dafür sprechen, und wir haben eher aus einer ökologischen oder Tierschutzperspektive Gründe gehört, die dagegen sprechen. Meines Erachtens sind wir dann bald mal abstimmungsreif. Der Vorteil ist, mit der Zustimmung zu Antrag 1 der Vorlage wird sowieso die Stimmbevölkerung das letzte Wort haben, und das ist, glaube ich, mit unserem Demokratieverständnis ganz richtig so.

**Konrad Brühwiler, SVP:** Ich mische mich hier nicht in die Meinungsbildung ein, aber ich habe dieselbe Frage, wie Markus Kühne sie schon gestellt hat. Ich widerspreche den Parlamentspräsidenten sehr ungern, deshalb die Frage an den Stadtrat. Wenn wir den Winterfussweg heute Abend ablehnen, kommt doch das Volk zur Frage, ob dieser Winterfussweg gebaut werden soll oder nicht. Im ersten Antrag heute Abend haben wir darüber abgestimmt, die vorberatende Kommission beantragt dem Parlament einstimmig, der Stimmbevölkerung an der Volksabstimmung die Erstellung eines ausserhalb der Badesaison geöffneten Winterwanderwegs vorzulegen. In diesem Antrag haben wir darüber abgestimmt, dass wir das separat vorlegen, und wir haben nicht darüber abgestimmt, ob wir im Parlament diesen Winterfussweg wollen oder nicht. Deshalb die Frage an den Stadtrat: Ist es korrekt, dass wenn wir heute Abend Nein sagen zu diesem Winterfussweg, dass wir dann das dem Volk nicht vorlegen sollen?

**Präsident Matthias Schawalder, SVP:** Du hast mich falsch verstanden. Es geht um eine Empfehlung an das Stimmvolk.

**Stadtrat Daniel Bachofen, SP:** Wenn das Parlament zum Winterweg Nein sagt oder an die Stimmbevölkerung die Empfehlung abgibt, nein zu sagen, würde der Stadtrat der Stimmbevölkerung empfehlen, ja zu sagen und das Parlament würde der Stimmbevölkerung empfehlen, nein zu sagen. Die Stimmbevölkerung darf sich dann äussern.

Ich habe zwei andere Punkte, die ich noch kurz ergänzen möchte.

Zum Thema Absperrung und Gefahren: Logischerweise ist das ein Thema, aber das ist in diesen Kosten miteinberechnet. Man kann die Badi so absperren, dass das Litteringproblem und das Vandalismusproblem nicht grösser ist als an anderen Stellen in Arbon. Das ist in den

CHF 160'000.00 enthalten. Es wird keinen provisorischen roten Zaun geben, sondern es wird einen sinnvollen Zaun geben, wenn man das baut.

Weil wir schon Rückmeldungen in diese Richtung bekommen haben, möchte ich Ihnen zu bedenken geben, wenn wir für diesen Steg Sponsoringgelder sammeln und dieser im Winter nicht begehbar ist und nicht zur Verfügung steht, wird es sicherlich schwieriger sein, Sponsoringgelder zu finden, weil die Nutzung weniger gross ist. Ich möchte einfach, dass Sie wissen, dass es einen Einfluss hat, ob man im Winter Zugang zum Steg hat oder nicht. Mehr möchte ich dazu nicht sagen. Es gibt Gründe dafür, es gibt vom Naturschutz her Gründe dagegen. Der Stadtrat ist der Meinung, es würde auch das Restaurant Seeparksaal beleben, wenn man da im Winter durchgehen kann und wenn der Steg auch den Nichtschwimmern im Winter zur Verfügung stehen würde.

**Kurt Boos, SVP:** Ich bin froh um die Worte von Stadtrat Daniel Bachofen. Er war wahrscheinlich in allen Fraktionen, bei uns war es so, als Fürsprecher für dieses Projekt an der Fraktionssitzung zugegen und hat uns das Projekt erklärt. Seit diesem Abend bin ich persönlich hin und her gerissen für ein Ja oder ein Nein zu diesem Fussweg durch die Badi während der Winterzeit.

Innerhalb der Vorstellung von Stadtrat Daniel Bachofen an diesem Fraktionsabend war mir nicht ganz klar, wie die Absperrung der Sommerinfrastruktur während der Wintermonate aufgestellt werden soll. Da wurde davon gesprochen, die Bäder so zu schützen, dass keine unbefugte Nutzung entstehen kann und sich während dieser Zeit auch niemand Schaden zuzieht. Für mich war das nicht ganz klar. Es sah aus, als ob man nur diese Bassins schützen wollte. Wäre dem so, würde ich heute ganz klar Nein sagen zu diesem Fussweg durch die Badi. Anders sieht es aus, wenn Stadtrat Daniel Bachofen sagt, dass sichergestellt werden kann, dass vom Beginn dieses Winterfusswegs bis zu deren Ende die gesamte Sommerinfrastruktur der Badi abgegrenzt und gesichert wird, nämlich gesichert gegen Fremdbenutzung im Winter, zum Beispiel durch Partygänger, die im Bereich der Gebäude ihre Feste feiern, ungewollte Übernachtungen in diesen Räumlichkeiten usw. Und wenn innerhalb des Projekts besser aufgezeigt werden kann, wie diese Absicherung der Infrastruktur sichergestellt wird, habe ich ein Ja zum Winterfussweg. Wenn die Abgrenzung der Sommerinfrastruktur nicht stattfindet, sieht sich die Stadt jeden Frühling mit Instandsetzungsarbeiten und entsprechenden Kosten dieser Infrastruktur konfrontiert, um den Badebetrieb wieder aufnehmen zu können. Ich habe einen Antrag formuliert, der in diese Richtung geht. Sollte es ein Ja geben zu diesem Fussweg ohne eine klare Abgrenzung, hätte ich beantragt, eine Abstimmung zu diesem Thema zu verschieben, bis eine klare Situation aufgezeigt wird, wie man diese Infrastruktur schützt. Wenn aber jetzt mit deinen Worten klargestellt wird, dass man nicht nur die Bassins absperrt, sondern die gesamte Sommerinfrastruktur von Anfang bis Ende des Wegs schützt, wäre mein Antrag hinfällig und es gäbe von mir ein Ja zu diesem Fussweg. Aber es muss sichergestellt sein, dass keine wiederkehrenden Instandstellungskosten an der Sommerinfrastruktur entstehen.

**Stadtrat Daniel Bachofen, SP:** Ich möchte hier nicht einen falschen Eindruck erwecken. Es gibt keinen konkreten Plan, wo die Absperrung konkret eingezeichnet wird. Aber was ganz klar ist, die Verwaltung muss ja ein Interesse haben, die eigenen Gebäude zu schützen und dafür zu sorgen, dass kein Vandalismus stattfinden kann. D. h., man kann, wie Riquet Heller es formuliert hat, die Absperrung dem Weg entlang führen oder sie so führen, dass die Gebäude und die Bassins geschützt sind. In beiden Fällen wäre sicher gegeben, was du dir wünschst und das auch im Interesse der Stadt ist, denn niemand möchte jedes Jahr Reparaturarbeiten für nichts. Ich kann dir das also so bestätigen.

**Kurt Boos, SVP:** Diese Formulierung ist mir zu wenig konkret. «Im Interesse der Stadt» oder «wird sichergestellt, dass»? Wenn du auf die Formulierung eingehst, dass sichergestellt wird, dass kein Vandalismus entstehen kann, keine Instandstellungskosten im Frühling entstehen, dann Ja. Dein Interesse ist mir noch zu vage. Ich erwarte eine klare Definition, es wird sichergestellt.

**Stadtrat Daniel Bachofen, SP:** Wir haben auch beim Kybun-Pärkli relativ viel aufgewendet, um es vor Vandalismus zu schützen. Warum? Weil es einfach nötig ist. Es wird sichergestellt werden,

dass wir so gut wie möglich unsere Gebäude schützen. Ob dann jemand über einen 1.80 m hohen Zaun klettert – das könnte er jetzt schon tun. Ich kann dir nicht garantieren, dass in der Badi nie mehr Vandalismus stattfindet, aber logischerweise werden wir sicherstellen, dass dieser möglichst nicht stattfindet.

**Präsident Matthias Schawalder, SVP:** Aufgrund des angenommenen Antrags der vorberatenden Kommission werden wir über zwei Fragen abstimmen. Die vorberatende Kommission empfiehlt einstimmig, Antrag 1 und mehrheitlich Antrag 2 zuzustimmen.

### **Abstimmung**

Antrag 1 «Wollen Sie dem Kredit von CHF 6'190'000.00 für die Sanierung und Umbau der Uferabschnitte Schwimmbad und Seepark zu einem naturnahen Ufer mit Badestrand, Steg und Flossen sowie ökologischen Ersatzmassnahmen zustimmen und das Geschäft mit Empfehlung zur Annahme für die Volksabstimmung freigeben?» wird einstimmig angenommen.

Antrag 2 «Wollen Sie dem Kredit von CHF 160'000.00 für die Erstellung eines ausserhalb der Badesaison geöffneten Winterfusswegs durch das Schwimmbad zustimmen und das Geschäft mit Empfehlung zur Annahme für die Volksabstimmung freigeben? Dieser Kredit steht unter der aufschiebenden Bedingung der Annahme von Ziffer 1.» wird mit 15 Ja-Stimmen gegen 11 Nein-Stimmen angenommen.

**Präsident Matthias Schawalder, SVP:** Die Volksabstimmung findet voraussichtlich am 27. September 2026 statt.

## **5. Fragerunde**

**Peter Künzi, FDP/XMV:** Das Thema meiner Frage ist leider nicht neu, sondern es hat sich in den vergangenen Jahren zu einem für die Bevölkerung ärgerlichen Dauerbrenner entwickelt. Bekanntlich öffnet ja der Hafenkiosk bei schönem Wetter auch ausserhalb der Hafensaison den Betrieb und erfreut sich in aller Regel auch einer sehr guten Besucherfrequenz. Das ist an sich erfreulich. Doch wenn man oder sie ein dringendes Bedürfnis verspürt, stossen man oder sie auf verschlossene WC-Türen im Hafengebäude. Das ist vor allem für betagte oder gehbehinderte Personen besonders mühsam, weil sie dadurch gezwungen sind, auf die etwa 150 m entfernte öffentliche Toilette auszuweichen. Darüber hinaus ist in der Verordnung zum kantonalen Gastgewerbe- und Alkoholhandelsgesetz unter 3. räumlich technische Voraussetzungen § 11 festgehalten: «Jeder Gastgewerbebetrieb muss seiner Grösse entsprechend über die nötige Anzahl an Toiletten verfügen oder den Zugang dazu sicherstellen.»

1. Ist dem Stadtrat dieser absolut unnötige und letztendlich sogar gesetzeswidrige Zustand überhaupt bekannt?
2. Falls ja, und davon gehe ich aus, wie gedenkt er, gegen diesen Missstand vorzugehen?
3. Bis wann darf mit einer Lösung dieses Problems gerechnet werden?

**Stadtrat Daniel Bachofen, SP:** Selbstverständlich kennt der Stadtrat die Situation vor Ort.

Es handelt sich um eine Kioskwirtschaft. Die Stadt hat diese an ein privates Gastrounternehmen verpachtet, daher ist schlussendlich das Gastrounternehmen zuständig für die Gewährleistung der Toiletten. Die Stadt ist der Meinung, dass entsprechend der Grösse vor Ort die gesetzliche Situation eingehalten ist. Es gibt auch noch andere Kiosk- oder Zwischennutzungsbetriebe in der Nähe, die selber auch über keine Toiletten verfügen. Man kann, wie du gesagt hast, 150 m bis zum Jakob-Züllig-Park gehen. Weitere Toiletten gibt es beim Spielplatz oder zum Beispiel beim Schloss, die auch nicht wesentlich weiter entfernt sind.

Wieso ist das WC im Winter nicht geöffnet? Das WC wird im normalen Hafenbetrieb primär über den Hafenmeister gewartet. Das Gastrounternehmen beteiligt sich auch an diesen Kosten. Im Winter müsste man eine separate Lösung finden. Wenn die Stadt es übernehmen würde, würden dann natürlich zusätzliche Kosten anfallen. Wie bereits erwähnt, ist die Stadt nicht primär in der Pflicht, weil das Gastrounternehmen vor Ort in der Pflicht ist.

Wir sind aber mit dem Gastrounternehmen im Gespräch und schauen die Situation an, ob allenfalls eine bessere oder kundenfreundlichere Lösung für den Winter gefunden werden kann, indem er das WC selber öffnet und auch selber für die Reinigung aufkommt.

## 6. Informationen aus dem Stadtrat

**Stadtpräsident René Walther, FDP:** Sie wissen ja, seit zwei Jahren haben wir ein Führungssystem mit entsprechender Strategieplanung und Legislaturplanung, was beides gerade aktualisiert wurde. Weil wir das schon drei Jahre machen, ist es nun spannend, die Entwicklung zu sehen. Wir möchten in der nächsten Parlamentssitzung in diesem Traktandum nicht zu ausführlich, aber doch etwas ausführlicher darüber berichten und informieren.

**Präsident Matthias Schawalder, SVP:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind am Schluss der heutigen Sitzung angekommen. Die nächste Sitzung findet am 26. Mai um 19:00 Uhr statt. Ich danke Ihnen für die konstruktive und sehr engagierte Diskussion sowie die speditiven Beratungen. Sie haben heute gezeigt, dass unterschiedliche Standpunkte sachlich ausgetauscht und gemeinsam tragfähige Lösungen erarbeitet werden können. Das ist gelebte parlamentarische Arbeit im besten Sinn. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend und eine gute Nacht und passend zur Jahreszeit ein paar angenehme, frühlingshafte Stunden. Die Sitzung ist geschlossen. Besten Dank.

Ende der Sitzung um 22:27 Uhr.

Für die Richtigkeit des Protokolls:

Der Parlamentspräsident:

Der Parlamentssekretär:

Matthias Schawalder

Flavio Schambron